

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

11

2S 21395E

Frankfurt, November 1970

Einzelpreis 0,75 DM

X. Jahrgang

Wie recht jene hatten, die davor warnten, die Gefahr des Neonazismus in der Bundesrepublik zu verharmlosen, weil die Stimmen für die NPD bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen unter der Fünf-Prozent-Grenze lagen, zeigen der verbrecherische Mordanschlag auf die Wache vor dem russischen Ehrenmal in Westberlin und der Aufmarsch des rechtsradikalen Mobs in Würzburg. Beide Provokationen haben die gleichen politischen Wurzeln und sind gegen den Versuch der Bundesregierung gerichtet, durch die Unterzeichnung des Gewaltverzichtvertrages normale und freundschaftliche Verhältnisse zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik herzustellen. Seit Jahren schon haben die Gewerkschaften auf die sich verschärfende Rechtsgefahr in der Bundesrepublik hingewiesen und immer wieder von der Bundesregierung Aktivität gegen den Rechtsradikalismus und das Verbot der neonazistischen NPD gefordert. In einem Artikel in der „Welt der Arbeit“ zu den Würzburger Ausschreitungen wird festgestellt, daß es nicht genug ist, die rechtsradikalen Staatsfeinde mit dem Stimmzettel zu schlagen. Das ist durchaus richtig. Es ist selbstmörderisch, gegenüber dem Rechtsradikalismus, dem Todfeind der Demokratie, Toleranz zu üben. Man muß den Faschismus mit den gleichen Waffen treffen, mit denen Demokraten terrorisiert werden.

Und wieder: Der Feind steht rechts!

Wer die Anfänge des Nazismus in Deutschland bewußt miterlebt hat, der kann nicht im unklaren sein, daß mit dem Verbot der NPD allein die Gefahr des Rechtsradikalismus nicht gebannt wird. Es kommt darauf an, jene Kräfte auszuschalten, die zwar nicht selbst in Westberlin geschossen und in Würzburg Mordparolen gebrüllt haben, deren Politik aber Gewalt und Mord erzeugt. Nach einem Bericht des „SPIEGEL“ gibt es ein Komplott des CSU-Vorsitzenden Strauß mit den Konzernherren Herbert Quandt, Friedrich-Karl Flick, dem BMW-Vorstandsvorsitzenden von Kuenheim, dem Flick-Gesellschafter und CSU-Bundesagsabgeordneten Wolfgang Pohle sowie den Industrie-Managern Zahn, Pavel und Burkhardt, das den Sturz der Regierung Brandt vorbereitet, um Franz-Josef Strauß an die Macht zu bringen. Hier sind die Wurzeln des Rechtsradikalismus und des Neonazismus, von Mord und Gewalt, zu suchen. Nichts wäre gefährlicher, als diese Verwörer namhafter Vertreter des Monopolkapitals mit Strauß gegen eine schwärzliche Bundesregierung zu verharmlosen. Am Beginn der Nazi-diktatur in Deutschland stand das Bündnis der Großindustriellen von Kohle und Stahl mit Hitler!

Bundeskanzler Brandt hat an alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik appelliert, den rechtsradikalen Abenteurern entgegenzutreten. Dieser Appell muß von den Gewerkschaften aufgenommen werden. Nur eine gemeinsame Aktion der in den Gewerkschaften organisierten Sozialdemokraten, Kommunisten, christlichen und parteilosen Arbeiter und Angestellten kann den Angriff des Rechtskartells auf die Demokratie in der Bundesrepublik abwehren. sr

Rückkehr der CDU verhindern	2
■ IGM: Ungenutzte Kampfbereitschaft . . .	4
Fauler Stahlkompromiß . . .	5
ÖTV fordert 13 bis 14 Prozent	7
■ Zielprojektion des DGB	8
Konzertierte Aktion sinnlos .	9
■ NACHRICHTEN-Umfrage „Hilfreicher Druck“ . . .	10
AEG—mit der Dividende vorn	12
Kritik der DPG an Leber . .	13
Lahme Gesellschaftspolitik . .	16
Es hapert mit Reformen . . .	17

Gefährliche Parallele

In Würzburg schrie eine von ihren „Führern“ aufgehetzte Menge wüste Morddrohungen gegen den Bundeskanzler und seinen Außenminister. „Bandt an die Wand“ und „Hängt die Verräter“ waren die Parolen jener, die sich in Würzburg zusammenroteten, um „das Vaterland vor den Kommunisten zu retten“.

Man muß daran erinnern, daß der Bundeskanzler zu den Politikern gehört, die nach den letzten Landtagswahlen das Ende der neonazistischen NPD verkündet hatten. In Würzburg aber stand der NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden in der brüllenden Menge und forderte Brandt auf, das Land zu verlassen.

Wie lange will die Bundesregierung noch zögern, die NPD zu verbieten? Schon einmal wurde Willy Brandt — durch Adolf Hitler — aus Deutschland vertrieben. Will er warten, bis sich das unter einem zweiten Adolf wiederholt? okulus

Rückkehr der CDU verhindern!

Regierung muß entschlossen gegen Rechtskräfte auftreten Vertragsratifizierung und soziale Reformen nötig

Der skrupellose, machtbesessene Franz-Josef Strauß, der ehrgeizige Routinepolitiker Barzel und der blasierte Ex-Nazi Kiesinger rufen zum Sturz der Regierung Brandt/Scheel auf. Diese Leute, die 20 Jahre die Regierungsmacht ausüben und die Bundesrepublik zum großkapitalistischen, hochindustrialisierten Militärstaat machen, wollen — koste es was es wolle — wieder selbst die Regierungsmacht in Bonn übernehmen. Wegen des Moskauer Vertrages wird Kanzler Brandt der Preisgabe nationaler Interessen beschimpft; diese Regierung müsse verschwinden, damit der Moskauer Vertrag zum Scheitern gebracht werden könne.

Begleitet ist diese chauvinistische Hetze gegen die jetzige Regierung von einer hemmungslosen sozialen Demagogie. Mieten und Preise, von den Großkapitalisten in die Höhe getrieben, werden der Regierung angelastet. So glaubt man, die politischen Grundlagen der Regierung zerstören zu können. Der Koalitionspartner der SPD, die FDP, wird unter Druck gesetzt, Abgeordnete dieser Partei werden abgeworben (große Geldbeträge werden in diesem Zusammenhang genannt), um auch die parlamentarische Mehrheit zugunsten der CDU/CSU zu verfälschen.

Mit einer gekauften Mehrheit im Bundestag möchte Strauß regieren. Das wäre in der Tat ein schwerer Rückschlag für die Arbeiter und alle demokratischen Bürger. Es darf keinen Zweifel darüber geben: Es besteht die Gefahr, daß die äußerste Reaktion, die schlimmsten Scharfmacher zur Regierungsmacht kommen. Das Resultat wäre noch mehr Rüstung, noch mehr Macht für das Großkapital, Verschärfung der internationalen Spannungen und im Inneren die mögliche Notstandsdictatur mit Strauß an der Spitze.

Darum ist es auch vom Standpunkt eines Gewerkschafters nicht gleichgültig, wer in Bonn regiert. Der DGB hat den Moskauer Vertrag sofort als einen Schritt zur Entspannung begrüßt und die richtige Forderung gestellt, jetzt die Rüstungsausgaben erheblich zu kürzen. Damit hat der DGB die politische Haltung der erdrückenden Mehrheit der Arbeiter und Angestellten zu diesem wichtigen Vertrag zum Ausdruck gebracht. Die Stärke der Regierung Brandt/Scheel gegenüber der CDU/CSU, den extremen Rechtskräften, ist gerade dieser Vertrag, der ein neues Verhältnis zur Sowjetunion und allen sozialistischen Staaten einleiten kann.

Den Vertrag ratifizieren, schnell und ohne Vorbedingungen ratifizieren, würde die Position dieser Regierung gegen das Rechtskartell stabilisieren. Das Dilemma der Regierung in dieser Frage besteht aber darin, daß sie sich noch weitgehend von Leuten wie Guttenberg, Barzel, Strauß und Hupka

einschüchtern läßt und selbst in die illusionäre Forderung einstimmt, vor der Ratifizierung des Vertrages müsse eine sogenannte befriedigende Lösung der Westberlin-Frage erreicht werden.

Brandt und Scheel wissen selbst, daß die Eingliederung Westberlins in die Bundesrepublik und die Forderung nach Preisgabe souveräner Rechte der DDR auf ihrem Territorium Forderungen sind, die, so illusionär sie praktisch auch sind, doch die reale Wirkung haben können, die Inkraftsetzung des Moskauer Vertrages zu verhindern. Darum muß diese Regierung sich von solchen Forderungen trennen. Sie sind in Wahrheit die gezielte Messer der Ultrareaktionäre, in die Brandt und Scheel hineinrennen sollen.

Was die soziale Demagogie der CDU/CSU betrifft, kann man nicht ohne Sorge feststellen, daß Unterlassungen der Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in großen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung Unsicherheit und Unzufriedenheit hervorgerufen haben. Diese Regierung ist vor der Macht der großen Monopole zurückgewichen, hat ihnen die „Freiheit“ gelassen, laufend die Preise zu erhöhen. Miet- und Bodenwucher wurden von dieser Regierung nicht bekämpft und nicht verhindert. Es kann jeder erkennen, daß die CDU/CSU es dadurch leichter hat, die Bevölkerung mit sozialer Demagogie zu verwirren.

Es muß mit allem Ernst darauf hingewiesen werden: Hier liegen die eigentlichen Ursachen dafür, daß Stabilität und Bestand der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung untergraben werden können.

Die Ansätze zu einer Politik der Entspannung durch diese Bundesregierung müssen erhalten bleiben. Das ist ein Lebensinteresse unserer Bevölkerung. Dafür und um die dringendsten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung zu erfüllen, sind sofort energische Maßnahmen der Bundesregierung und der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen gegen Preissteigerungen und Mietwucher notwendig.

Hier soll einer Offensive gegen die Rechtskräfte das Wort geredet werden. Dazu ist die Einheit der Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und aller demokratischen Bürger erforderlich. In einer solchen einheitlichen Bewegung könnten auch die sozialdemokratisch geführten Regierungen ihre positive Rolle spielen. Gemeinsam gilt es, der Hetze gegen den Moskauer Vertrag entgegenzutreten, indem die Bedeutung des Vertrages für den Frieden dargelegt wird. Die Regierung selbst muß den Chauvinismus und Revanchismus, die dem Grundgesetz widersprechen, unterbinden. Die „Aktion Widerstand“ muß verboten werden. Die NPD ist aufzulösen.

Noch erhalten die Hilfstruppen der CDU/CSU, die sogenannten Vertriebenenorganisationen, aus Steuergeldern im Jahr 40 Millionen Mark. Diese Mittel sind zu streichen. Durch solche Maßnahmen könnte schon die Flut der reaktionären neofaschistischen Verleumdungen eingedämmt werden. Die Bundesregierung und die Mehrheit des Volkes könnten dabei zusammenstehen.

Ratifizierung des Moskauer Vertrages, ohne Wenn und Aber durch den Bundestag, Unterstützung einer europäischen Sicherheitskonferenz und Aufnahme beider deutschen Staaten in die UNO könnten für eine Volksbewegung gegen rechts realisierbare außenpolitische Ziele sein. Das sind demokratische nationale Aufgaben, die dem Chauvinismus von rechts entgegengestellt werden sollten. Damit würde das Ansehen der BRD in der Welt erhöht.

Regierung und Bevölkerung sind gemeinsam stark genug, gegen die Macht der Monopole, gegen die Macht der kapitalistischen Grundbesitzer und Besitzer von Wohnungskomplexen einen Preis- und Mietstopp durchzusetzen. In einer solchen Auseinandersetzung würde das arbeitende Volk selbst erfahren, daß die Gegner des Moskauer Vertrages zugleich auch die schärfsten Feinde ihrer sozialen Forderungen sind. Damit würde sowohl die chauvinistische Hetze wie auch die soziale Demagogie der Rechtsfront von Thadden bis Barzel zerschlagen werden können. So kann man diesen gefährlichen politischen Abenteurern den Boden entziehen und die Gefahr beseitigen, daß sie die Regierung Brandt/Scheel stürzen können.

Die Gewerkschaften haben für einen derartigen gemeinsamen Kampf des Volkes mit der Regierung gegen rechts gute Forderungen in der Erklärung des DGB vom 22. Oktober 1969 und bedingt auch in der neuen Zielprojektion bis 1975 formuliert. Die Regierung in Bonn sollte bedenken, daß sie nur gestützt auf das Volk und im Kampf gegen rechts wirksam existieren können. Möge sie die Wahrheit sehen, daß Untätigkeit ihr Untergang ist. Der Kampf ist unausweichlich: Der Feind steht rechts!
Josef Ledwonn

SPD-Verluste, aber CDU erreichte ihr Ziel nicht

Die mit Spannung erwarteten Landtagswahlen in Hessen, insofern als Testwahlen gewertet, als sie Auskunft über die Stabilität der Bonner Koalition von SPD und FDP geben sollten, sind entschieden. Das strategische Ziel der CDU, über die Hessenwahlen die Bundesregierung Brandt/Scheel aus dem Sattel zu heben, wurde nicht erreicht. Der Koalitionspartner der SPD, die FDP, konnte von der CDU nicht aus dem Landtag „hinauskatapultiert“ werden. Sie hat sich mit einem geringen Stimmengewinn behauptet.

Obwohl die SPD, wie allgemein erwartet, über 5 Prozent an Stimmen verloren hat, und damit auch ihre absolute Mehrheit im Landtag, konnte die Bonner Koalition einen Stimmengewinn erzielen. Geht man von der

Tatsache aus, daß die CDU in Hessen das Schwergewicht ihrer Wahlpropaganda im Angriff auf die Ostpolitik der Bonner Regierung — und vornehmlich auf den Moskauer Vertrag — sah, ist die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel von der Mehrheit der Wähler in Hessen bestätigt worden.

Die CDU hat gegenüber der Landtagswahl 1966 erheblich an Stimmen gewonnen, im Verhältnis zur letzten Bundestagswahl jedoch ist ihr Wahlerfolg mit plus 1,5 Prozent bescheiden. Während die Stimmen, die der SPD verlorengingen, offensichtlich zu einem erheblichen Teil der FDP zugutegekommen sind, hat die CDU ihren Stimmenzuwachs seit der Landtagswahl 1966 den ehemaligen NPD- und BHE-Wählern zu verdanken. Die NPD zieht nicht mehr in den Landtag ein und hat gegenüber der Landtagswahl 1966 6 Prozent Wählerstimmen an die CDU abgeben müssen. Die 4,2 Prozent BHE-Wähler sind sicher an die CDU gegangen, nachdem der BHE offen aufgefodert hatte, CDU zu wählen.

Immerhin haben noch 3 Prozent Wähler in Hessen NPD gewählt, und auch hier ist zu sagen, daß das Ausscheiden der NPD aus dem Landtag sich zwar optisch gut macht, aber keineswegs einen Rückgang des Rechtsradikalismus bedeutet. Im Gegenteil: Der scharfe Rechtskurs der CDU bedeutet, daß diese Partei zum Sammelbecken konservativer und rechtsradikaler Kräfte geworden ist.

Die DKP, die sich nach dem Verbot der KPD zum erstenmal in Hessen wieder als kommunistische Partei in einem Wahlkampf gestellt hat, erreichte, wie nicht anders zu erwarten, mit 36 700 Stimmen oder 1,2 Prozent nur einen Achtungserfolg.

Nach dem Wahlergebnis ergibt sich folgende Sitzverteilung im hessischen Landtag:

SPD	53 Sitze
CDU	46 Sitze
FDP	11 Sitze

Da sich die FDP schon vor der Wahl offen für eine Koalition mit der SPD in Hessen ausgesprochen hatte, wird die SPD unter dem Ministerpräsidenten Osswald weiterhin die Politik in Hessen bestimmen. Der nicht unerhebliche Verlust an Wahlstimmen wird aber die SPD zwingen, Überlegungen anzustellen über die Ursachen dieses Positionsverlustes. Sie wird sich auch mit dem Koalitionspartner für eine sozial fortschrittliche Politik entscheiden müssen, wenn sie den Stimmenverlust aus der Landtagswahl 1970 in der jetzt beginnenden Legislaturperiode des hessischen Landtags wiedergutmachen will. sr

Unter dem Leitsatz: „Den Moskauer Vertrag ratifizieren — den Angriff von rechts zurückweisen“ stand der 5. ordentliche Unionstag der Deutschen Friedensunion in der Mülheimer Stadthalle. Vor 261 Delegierten und zahlreichen Gästen betonte das Mitglied des Direktoriums Graf von Westphalen in seiner Begrüßungsansprache, daß die DFU den Gedanken der friedlichen Koexistenz vor zehn Jahren zur Grundlage ihrer Politik gemacht habe und jetzt ihre Bestätigung in dem Moskauer Vertrag sehe.

Das Direktionsmitglied Arno Behrisch sagte in seinem einleitenden Referat, daß von dem 12. August 1970, dem Tag, an dem der Vertrag unterschrieben wurde, „eine neue Epoche in der Geschichte Europas ausgehen“ könne. Er sprach ferner die Hoffnung der DFU-Mitglieder aus, daß aller Voraussicht nach noch in diesem Jahr Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Regierungen fortgeführt werden könnten mit dem Ziel, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herzustellen.

In einem von Lorenz Knorr vorgelegten und erläuterten „Kölner Aufruf der DFU“ heißt es: „Als Grundlage der friedlichen Koexistenz eröffnet der Moskauer Vertrag volle Handlungsfreiheit für eine Friedenspolitik der Bundesregierung. Die vereinbarte Zusammenarbeit kann unserem Lande große Möglichkeiten erschließen, seine wissenschaftliche, technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zweckmäßiger zu nutzen, sich aus der wirtschaftlichen Umklammerung durch das amerikanische Großkapital zu befreien, und die technologische Lücke schneller zu schließen.“

Im einzelnen beschloß der Unionstag, den DFU-Bundesvorstand u. a. zu beauftragen, eine Konferenz durchzuführen, um die Gefahren aufzuzeigen, die von der militärisch-industriellen Machtkonzentration in den westlichen Industrieländern für die europäische Sicherheit ausgehen. Damit soll das Verständnis für die Durchführung einer europäischen Sicherheitskonferenz gefördert werden. Neben der Einsetzung einer Reihe von politischen Kommissionen wurde mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Gewerkschaften für die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft auch die Einsetzung einer Kommission für Gewerkschaftsfragen beschlossen.

Auf diese Weise will die Deutsche Friedensunion gewährleisten, daß die Probleme der arbeitenden Bevölkerung stärker in ihrer praktischen Politik berücksichtigt werden.

Die DFU warnte vor der Aktivität der rechten Kräfte in der Bundesrepublik und orientierte auf deren konsequente Bekämpfung. - eg -

IGM hat über 100 000 Vertrauensleute in Betrieben

Die IG Metall hat jetzt die Schlußauswertung der Vertrauensleutewahl 1970 in der Metallindustrie vorgelegt. Danach hat sich die Zahl der gewählten gewerkschaftlichen Vertrauensleute gegenüber der Wahl 1967 von 88 001 um 15 406 auf 103 407 erhöht. In den von der Wahl erfaßten 5483 Betrieben arbeiten fast 3,5 Millionen Beschäftigte; davon sind rund 1,6 Millionen in der IG Metall. Das entspricht einem Organisationsgrad von 46,3 Prozent.

Von den Vertrauensleuten sind 83 296 Arbeiter, 5684 Arbeiterinnen, 12 941 männliche und 1486 weibliche Angestellte. 2487 Vertrauensleute sind Ausländer gegenüber nur 642 im Jahre 1967. Gleichzeitig als Betriebsratsmitglieder tätig sind 24 349 Vertrauensleute.

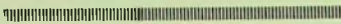
Aufschlußreich sind auch die Angaben der IG Metall zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Branchen. Den höchsten Organisationsgrad hat die Eisen- und Stahlindustrie mit 75,9 Prozent; dann folgen der Schiffbau mit 58,7, die Gießereindustrie mit 57,1, die Fahr- und Luftfahrzeugindustrie mit 55,9, Kaltwalzwerke und Stahlverformung mit 49,5, die NE-Metallindustrie mit 48,1, der Maschinenbau mit 47,6, der Stahlbau mit 42,2, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie mit 40,9, die feinmechanische, optische und Uhrenindustrie mit 39, das Metallhandwerk mit 35,6 und schließlich die Elektroindustrie mit nur 27,8 Prozent der Beschäftigten.

Ungenutzte Kampfbereitschaft

Tariffbewegung in der Metallindustrie mit groben Mängeln Unterschiedliche Ergebnisse unterhalb der Ausgangsforderung

Wie bei keiner anderen Lohnbewegung zuvor haben die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie in zahlreichen betrieblichen Streiks gezeigt, daß sie bereit sind, in offener Konfrontation mit den Unternehmern ihre berechtigten und erfüllbaren Forderungen durchzusetzen. Aus der Erkenntnis, daß den Unternehmern nur dann der Profit beschnitten werden kann, wenn diese die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse spüren, nahmen rund eine halbe Million Arbeiter und Angestellte an betrieblichen Kampfkationen teil. Sie haben zweifellos die richtigen Lehren aus den Septemberstreiks 1969 gezogen.

Es waren diese betrieblichen Streiks, die die 7-Prozent-Provokation der Unternehmer vom Tisch feigten. Schon die



15 Prozent für Holzarbeiter gefordert

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff hat in einigen Tarifgebieten die Bewegung für höhere Löhne und Gehälter für die Beschäftigten in der Holzindustrie eröffnet und eine Zulage von 15 Prozent verlangt. Gleichzeitig beschloß der tarifpolitische Ausschuß der Gewerkschaft, überall dort, wo er noch nicht vereinbart wurde, einen bezahlten Bildungsurlaub zu fordern.

13,5 Prozent für Beschäftigte bei ESSO und BP

Für die Arbeiter der BP Benzin und Petroleum in der Bundesrepublik hat die IG Chemie-Papier-Keramik eine Erhöhung der Löhne um 13,5 Prozent durchgesetzt, ebenso für die Arbeiter und Angestellten der ESSO-AG. Die Gehaltsverhandlungen für die Angestellten der BP sollen im ersten Halbjahr 1971 aufgenommen werden. Die Erhöhung der Löhne bzw. Gehälter bei den beiden großen Mineralölgesellschaften erfolgte jeweils auf vorweg kostenneutral angehobene Tarifsätze, und zwar bei der ESSO um 1,5 Prozent und bei BP um 10 DM wöchentlich in den Gruppen 1 bis 7.

Auch die weiteren Vereinbarungen sind bemerkenswerte Erfolge der Gewerkschaft. Bei der ESSO: Erhöhung des tariflichen Urlaubsgeldes ab Januar 1971 von 350 auf 450 DM, Nichtanrechnung der Samstage als Urlaubstage, tarifvertraglich gesicherte Zahlung eines 13. Monatseinkommens. — Bei der BP: Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes von 350 auf 450 DM ab 1. Januar 1971, monatliche Sparförderung von 26 DM, keine Lohnkürzungen mehr für Arbeiter, die das 50. Lebensjahr vollendet haben und zehn Jahre in der Firma arbeiten.

Ankündigung einer Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen zwang die Unternehmer zu neuen Zugeständnissen. Dennoch kann man feststellen, daß die in der überwiegenden Mehrheit der Bezirke erreichten Ergebnisse nicht unerheblich hinter den vorhandenen Möglichkeiten zurückblieben. Unter den Gewerkschaftern macht sich an Stelle der Zufriedenheit mit dem erreichten Ergebnis Unzufriedenheit und mancherorts sogar Unmut breit.

In der vorigen Ausgabe der NACHRICHTEN schrieben wir, daß es noch Zeit sei, in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und anderen Tarifbezirken die Lehren aus dem hessischen 10-Prozent-Abschluß zu ziehen. Einen Monat später können wir bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe schon ein gewisses Fazit geben:

Da gibt es den hessischen Abschluß mit einer 10prozentigen Lohn- und Gehaltserhöhung und einer Erhöhung der Leistungszulage um 2,5 Prozent. Eine ganze Reihe von Tarifbezirken ist diesem völlig unbefriedigenden Beispiel gefolgt. Bemerkenswert ist, daß in diesen Tarifbezirken die Gewerkschaftsmitglieder nicht um ihre Meinung befragt wurden. Lediglich bei den Klöckner-Werken in Bremen fand eine Urabstimmung statt. Dort sprach sich nur eine knappe Mehrheit für den dürftigen Kompromiß aus. Man kann mit Fug und Recht sagen, daß in diesen Tarifbezirken die Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik mit Füßen getreten wurden, da die Mitgliedschaft in der entscheidenden Phase der Auseinandersetzung weitgehend ausgeschaltet war.

In Nordrhein-Westfalen wurde von der Gewerkschaft das völlig unzureichende Schlichtungsangebot (10 Prozent) abgelehnt und eine Urabstimmung angesetzt. Bevor aber die Arbeiter und Angestellten befragt werden konnten, verhandelte die IG Metall wiederum mit Unternehmern und Landesregierung. Unter der Federführung von Arbeitsminister Figgen wurde ein Ergebnis von 11 Prozent ausgehandelt. Dabei ist noch zu vermerken, daß in Nordrhein-Westfalen im Unterschied zu anderen Tarifbezirken keine Nebenforderungen zur Diskussion standen. Schon in der Großen Tariffkommission gab es für dieses Er-

gebnis nur eine hauchdünne Mehrheit. Ein erheblicher Teil der Kommission beteiligte sich dabei noch nicht einmal mehr an der Abstimmung.

Es bleibt unverstänglich, wie Otto Brenner zu der Meinung kommen konnte, daß die zuständigen Gremien der IG Metall sich für die Annahme des Gesprächsergebnisses eingesetzt hätten, „weil durch den Vermittlungsvorschlag des Arbeitsministers Figgen die IG-Metall-Forderungen nahezu erreicht würden. Die Metallgewerkschafter waren aber ganz anderer Auffassung als ihr Vorsitzender und lediglich ganze 33 Prozent sprachen sich für den 11-Prozent-Kompromiß aus. Hätte die IG Metall das ungenügende Ergebnis zurückgewiesen und die Arbeiter befragt, ob sie für die ursprüngliche 15-Prozent-Forderung kämpfen wollten, dann wäre dafür ein eindeutiges Votum sicher gewesen. Ein solches Verhalten hätte das Ansehen der IG Metall gestärkt und gezeigt, daß die Gewerkschaft nicht nur in Worten, sondern in der Tat die richtigen Lehren aus den Septemberstreiks von 1969 gezogen hat.

Das Abstimmungsergebnis zeigt, daß die Arbeiter und Angestellten angesichts der Gewinnexplosion und der inflationären Tendenzen nicht mehr bereit sind, sich mit einigen Brosamen abzufinden. Sie wollen, daß sie an der innergewerkschaftlichen Meinungsbildung und Entscheidung beteiligt werden. Ein Abschluß, der mit 10 oder auch 11 Prozent so weit von der gewerkschaftlichen Ausgangsforderung von 15 Prozent entfernt liegt, wird den Notwendigkeiten nicht im entferntesten gerecht. Ein befriedigendes Ergebnis liegt erst dann vor, wenn diese Ausgangsforderung erreicht wird oder ihr doch weitestgehend entsprochen wird.

In Hessen und auch in Nordrhein-Westfalen wurde offensichtlich, wie falsch und schädlich es für die Gewerkschaft ist, aus Rücksicht auf Landtagswahlen, SPD-Landesregierungen und die Orientierungshilfen der konzertierten Aktion sich nicht entschlossen genug für die Belange der Arbeiter und Angestellten einzusetzen und deren Interessen zum alleinigen Maßstab des Handelns zu machen.

Den Erfordernissen einer aktiven Lohnpolitik wurde bisher in zwei Tarifbezirken Württemberg-Badens am ehesten entsprochen. Dort haben die Unternehmer ein Schlichtungsangebot in Höhe von 12 bzw. 12,6 Prozent und eine Erhöhung der Leistungszulage auf 15 Prozent abgelehnt. Die IG Metall rief in Nordwürttemberg-Nordbaden die Metallarbeiter auf, darüber abzustimmen, ob sie für eine 15prozentige Lohnerhöhung plus Nebenforderungen bereit wären, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln einschließlich des Streiks zu kämpfen. 92,31 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für den Arbeitskampf aus. Das ist das bisher beste Ergebnis, das in einer

Urabstimmung in diesem Tarifbezirk erzielt wurde. Am 5. November sollte der Kampf beginnen.

Aber auch dort wurde, wie in Nordrhein-Westfalen, die Landesregierung aktiv, um durch eine politische Schlichtung die IG Metall um den vollen Erfolg ihres Kampfes zu bringen. Im Ergebnis dieses politischen Schlichtungsverfahrens erhalten die Metallarbeiter in Nordwürttemberg und Nordbaden mit einer 12,2-prozentigen Lohnerhöhung mehr, als der ursprünglich von den Unternehmern abgelehnte Schiedsspruch vorsah. Das erzielte Ergebnis liegt um 2,2 Prozent höher als in Hessen und ist damit auch der Ausgangsforderung der IG Metall näher. Wenn auch in Nordwürttemberg und Nordbaden sicher noch mehr drin gewesen wäre, so ist das erzielte Ergebnis zweifellos als ein Erfolg der Kampfbereitschaft der Metallarbeiter zu werten. Für die künftigen Lohnauseinandersetzungen sollten Lehren gezogen werden, damit die negativen Erfahrungen mit der Schlichtung vermieden werden können.

Der Verlauf der diesjährigen Lohnbewegung in der Metallindustrie zeigt, daß die besten Ergebnisse dort erzielt wurden, wo es gelingt, die Gewerkschaftsmitglieder und darüber hinaus viele Arbeiter und Angestellte zu mobilisieren und diese potente Kampfkraft auch in der Auseinandersetzung wirksam werden zu lassen.

Es widerspricht den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik, wenn durch Schlichtungsvereinbarungen oder durch selbsternannte politische Schlichter diese Kampfkraft geschwächt oder gar gelähmt wird. Für die Gewerkschafter kommt dann ein schlechteres Ergebnis heraus, als bei Ausschöpfung aller Möglichkeiten durchsetzbar gewesen wäre. Schlichtung, in welcher Form auch immer, nützt den Unternehmern und schadet den Gewerkschaften.

Die seit einem Jahr kündbare Schlichtungsvereinbarung der Metallindustrie sollte daher unverzüglich gekündigt und nicht mehr erneuert werden.

Im Interesse der Stärkung der IG Metall wird es sicherlich notwendig sein, die nach den Septemberstreiks begonnene Diskussion über eine wirksame gewerkschaftliche Lohnpolitik und eine Ausweitung der innergewerkschaftlichen Demokratie fortzusetzen.

Heinz Schäfer

Fast 6 Milliarden DM Dividende

Bis Ende Juli 1970 hatten 2058 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 50,4 Milliarden Mark an ihre Aktionäre Gewinne in Höhe von insgesamt 5,9 Milliarden Mark ausgeschüttet. Damit stieg die Dividendensumme im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Milliarden Mark.

Fauler Stahl-Kompromiß

**Nur 10 Prozent Lohnerhöhung — Kampfkraft nicht genutzt
Das 13. Monateinkommen wurde tariflich gesichert**

Das Ergebnis der Tarifbewegung in der Stahlindustrie lautet: Lohn- und Gehaltserhöhung um 10 Prozent, Erhöhung des Basisfaktors von 2 Pfennig auf 2,4 Pfennig und Anhebung der jährlichen Sonderzahlung von bisher 75 auf 100 Prozent eines Monatsverdienstes. Dieser Tarifvertrag trat am 1. Oktober 1970 in Kraft und gilt 12 Monate. Ursprünglich waren von der IG Metall Lohn- und Gehaltserhöhungen von 15 Prozent, ohne jede Nebenforderung, verlangt worden. Das Ergebnis ist völlig unbefriedigend.

Das Ergebnis der Lohnrunde '70 kann man nur im Zusammenhang mit der realen Lage der Stahlindustrie werten. Das aber bedeutet, es an den schon seit Anfang 1968 explodierenden Unternehmensgewinnen zu messen. Die eisenverarbeitende Industrie hat profitmäßig die besten Jahre nach dem Kriege erlebt. Dem steht gleichzeitig eine kostenneutrale und bescheidene Lohnpolitik der IG Metall seit 1967/68 gegenüber.

Leider blieb die gewerkschaftliche Begründung und Rechtfertigung der 15-Prozent-Forderung sowie die demonstrierte Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter in der letzten Phase der Lohnbewegung unberücksichtigt. Auch das Abstimmungsergebnis in der großen Tarifkommission vom 13. Oktober, das 59 Stimmen für und 20 Stimmen gegen das Verhandlungsergebnis brachte, kann nicht als repräsentativ für den Entscheidungswillen der Gewerkschaftsmitglieder in der Eisen- und Stahlindustrie angesehen werden.

Es wäre notwendig gewesen, wie in der Metallverarbeitung, die Entscheidung auf die Schultern der gesamten Mitgliedschaft zu legen. Eine solche Handhabung des Ergebnisses in der Stahlindustrie hätte den Forderungen großer Teile der Mitgliedschaft und der gewerkschaftlichen Demokratie Rechnung getragen. Sie wäre auch der Feststellung des Vorstandes der IG Metall in Auswertung der September-Streiks 1969 näher gekommen, daß künftig der Mitgliederwille unverfälscht den leitenden Funktionärsgruppen nahebringen sei. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Frage entscheidender Teile der unteren Funktionärkörper an Bedeutung, wo die unbeauftragten Initiatoren sind, die die 15-Prozent-Forderung ziemlich schnell in eine 11-Prozent-„Mindest“forderung ummünzten, um dann mit 10 Prozent plus Nebenforderung zufrieden zu sein.

Die Marschroute der Stahlindustriellen war, koste es, was es wolle, unter keinen Umständen Lohn- und Gehalt zugeständnisse über 10 Prozent hinaus zu machen. Sie glaubten, die Zeit sei gekommen, die Niederlage vom Herbst 1969 wettzumachen. Innenpolitisch haben sich die Rechtskräfte zusammen mit den Stahlindustriellen das Ziel gesetzt, weitere Preissteige-

rungen und Unsicherheit des Arbeitsplatzes als Folge der Lohnforderungen zu propagieren, um so die sozialen Spannungen auf die Spitze zu treiben mit dem Ziel, die Gewerkschaften und ihre berechtigten Forderungen in der Öffentlichkeit zu diffamieren.

Das Ausweichen der Unternehmer auf das Nebenangebot der Anhebung der 13. Monatszahlung auf 100 Prozent ist ein Ausdruck des Respekts vor der Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter und entsprach andererseits dem Prestigebedürfnis, keine Zugeständnisse an Lohn- und Gehaltserhöhungen über 10 Prozent hinaus zu machen.

Daß die Stahlindustriellen ohne weiteres in der Lage sind, die gewerkschaftlichen Forderungen voll zu erfüllen, beweisen u. a. die Hoesch-Hüttenwerke, die neben der schon werkseigen getroffenen Anhebung der Sonderzahlung auf 100 Prozent in einer weiteren Abmachung zusätzlich 25 Prozent eines Monatsverdienstes zahlen. Daneben gibt es eine Anzahl von Betriebsabteilungen und Arbeitsgruppen, denen praktizierte Kampfbereitschaft Verdienstaufbesserungen weit über die allgemeinen 10 Prozent hinaus eingetragen hat.

Hier liegt der wiederholte Beweis, daß Lohnfragen Machtfragen sind. Wenn auch die Lohnbewegung 1970 in der Eisen- und Stahlindustrie, trotz einiger Zugeständnisse der Unternehmer, ein gemessen an der Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten unzureichendes Ergebnis brachte, das nicht den lohnpolitischen Erfordernissen und den realen Möglichkeiten der Stahlindustrie entspricht, so ist doch eines unübersehbar und ein großer Gewinn: das gewachsene Bewußtsein der Stahlarbeiter, daß es im Kern der Auseinandersetzung mit den Unternehmern um die Verteilung des Ergebnisses eigener Arbeit geht.

In der IG Metall sollte nach dem Abschluß dieser Lohnbewegung eine gewissenhafte und selbstkritische Auswertung erfolgen. Dabei gilt es die Folgerung zu ziehen, daß künftig ein stärkerer Einsatz der Kampfbereitschaft der Kollegen und eine demokratischere Berücksichtigung ihrer Meinung zu erfolgen hat.

H. Bramkamp

'Steigendes Selbstbewußtsein'

Ludwig Müller (DKP) zu den Streiks in der Metallindustrie
Für Mitbestimmung und BVG an der Seite des DGB

Auf der 7. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 17. und 18. Oktober 1970 in Düsseldorf hielt das Mitglied des Präsidiums, Ludwig Müller, ein Referat, in dem er sich ausführlich mit den Streiks in der Metall- und Stahlindustrie befaßte und auch zur gewerkschaftlichen Taktik in dieser Lohnbewegung Stellung nahm. Folgende Auszüge dürften für unsere Leser von Interesse sein:

„Die Streiks im September und Oktober 1969 und 1970 und die der letzten Wochen sind keine zufällige Episode, wie bürgerliche Kommentatoren das im Zusammenhang mit den Streiks im letzten Jahr darzustellen versuchen. Sie sind vielmehr Ausdruck und Folge der sich verschärfenden inneren und äußeren Widersprüche des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems und der Versuche des Großkapitals zu ihrer Lösung... Die Lohnkämpfe dieser Tage zeigen die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, ein steigendes Selbstbewußtsein der Arbeiter und Angestellten, die stärkere Entwicklung von elementarem Klassenbewußtsein...

Die größte Lohnbewegung dieses Jahres unterstreicht, daß von einem Interessensgleich, der sogenannten Sozialpartnerschaft zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital, keine Rede sein kann. Im Gegenteil, sie beweist, daß die betriebliche Integration der Arbeiterklasse in die spätkapitalistische Gesellschaft gegen die elementaren Interessen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen verstößt und an der brutalen Profit- und Machtordnung des Kapitals letztlich scheitern muß...

Wenn bei den Streikkämpfen des Jahres 1969 Belegschaften oft ohne Sympathie und Unterstützung, ja mehrfach sogar gegen den erklärten Willen der führenden Gewerkschaftsgremien den Kampf gegen das Konzernkapital aufnahmen, so bewirkte doch die Wucht der Streiks und die Gewerkschaftsdiskussion um die Herbststreiks des Jahres 1969, daß diesmal die Gewerkschaften näher bei den Kampfaktionen waren...

Unter dem Druck der Streikenden und der Zunahme der Kampfbereitschaft der Arbeiter mußten die Unternehmer einige Zugeständnisse machen. Der Kampf, einheitlich und mit hoher Kampfmoral geführt, zeigt auch diesmal, daß die Arbeiter von den Herrschenden nur das bekommen, was sie sich in zähen Auseinandersetzungen selbst erkämpfen. Hunderttausende Metallarbeiter unterstützten die gewerkschaftliche Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 15 Prozent durch machtvolle Warnstreiks. Sie wiesen damit das provokative Angebot der Unternehmerschaft scharf zurück und sie verdeutlichten zugleich, daß die Belegschaften in al-

len Phasen dieser Lohnauseinandersetzung mit dabei sein wollten...

Es bleibt auch heute zu sagen, daß mit den Streikaktionen die Positionen der Gewerkschaften in dieser Lohnbewegung erheblich gestärkt wurden. Die Gesamtsituation zur Durchsetzung der Lohnforderungen war günstig und mußte deshalb von den Gewerkschaften voll wahrgenommen werden. Das Verhandlungsergebnis in Hessen und den anderen Tarifgebieten, die mit ähnlichen Ergebnissen abschlossen, oder der Abschluß der eisenhaltenden Industrie widerspricht jedoch diesen Möglichkeiten...

Es ist ein schamloser Betrug, wenn die CDU/CSU-Führer heute erklären, die Lohn- und Gehaltsforderungen und der steigende Konsum der Volksmassen würden die Preise treiben und seien die Ursache für die schlechende Entwertung unserer Währung. Die Preissteigerungen gehen aber ausschließlich auf das Profitstreben der Banken und Konzerne, die alle Mittel ihrer wirtschaftlichen Macht einsetzen, um immer neue Preisdikate gegen die Verbraucher zu erlassen."

Im Unterschied zur Außenpolitik der Regierung Brandt/Scheel, wo erste Schritte — wenn auch mit Widersprüchen belastet — zur Entspannung getan wurden, ist die Wirtschaftspolitik der Regierung enttäuschend für die Arbeiterklasse. In Anlehnung an die Erklärung des DGB vom 22. Oktober 1969 zur Regierungsneubildung betonte Ludwig Müller, daß hier ein notwendiger Schritt vorwärts getan und ein Wandel herbeigeführt werden müsse:

„Alle vom Monopolkapital bedrückten sozialen Klassen und Schichten in unserem Lande sind an einem solchen Wandel interessiert. Notwendig ist, daß in der Wirtschafts- und Finanzpolitik soziale Grundsätze Vorrang erhalten. Das erfordert:

- eine Lohnpolitik, die einen höheren Anteil der arbeitenden Menschen an den von ihnen geschaffenen Werten garantiert und damit ein wesentlicher Faktor für wirtschaftliches Wachstum und für Sicherheit der Arbeitsplätze ist;
- eine gesetzliche Regelung für eine demokratische Preiskontrolle in

marktbeherrschenden Großunternehmen und einen Preisstopp, der für alle vom staatlichen Bereich beeinflussbaren Preise und Tarife verfügt wird;

- einen Mietstopp im Sinne der DGB-Forderungen und Aufhebung des Systems der weißen Kreise sowie Maßnahmen, um Miet- und Bodenwucher mit strengen Strafen zu belegen."

Zur Mitbestimmung unterstrich Ludwig Müller den grundsätzlichen Standpunkt seiner Partei:

„Die DKP ist der Auffassung, daß die Mitbestimmung alle Ebenen des Wirtschaftsgeschehens erlassen und vom Arbeitsplatz, über den Betrieb und das Unternehmen bis zur wirksamen Mitentscheidung in der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik des Staates reichen muß. Erst in einem solchen Gesamtsystem wird eine effektive Mitbestimmung überhaupt möglich sein. So notwendig es ist, den Kampf um mehr Rechte am Arbeitsplatz, in Betrieb und Unternehmen zu führen, so darf nicht außer Acht gelassen werden, daß ohne eine Veränderung im Zentrum der Macht, dem Staat, keine auf unterer Ebene erkämpften Mitbestimmungsrechte dauerhaft gesichert werden können."

Zu den bekanntgewordenen Vorschlägen zur Veränderung des Betriebsverfassungsgesetzes äußerte sich Ludwig Müller kritisch und betonte, daß die DKP auch weiterhin, trotz weitergehender eigener Vorstellungen, die Forderungen des DGB zur Neufassung des BVG unterstützt:

„Insgesamt muß festgestellt werden, daß die bekanntgewordenen Novellierungs-Vorschläge des Ministers den gewerkschaftlichen Forderungen nicht entsprechen und an den Kernfragen, auf die es ankommt, vorbeigehen. Das Letztere betrifft vor allem die Beibehaltung der berechtigten Friedenspflicht und der Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den Unternehmern. Außerdem sollen die Betriebsräte auch nach den Vorschlägen des Referenten-Entwurfs keinerlei Mitbestimmungsrechte in wirtschaftlichen Fragen haben...

Im übrigen wissen wir Kommunisten, daß die Novellierung des BVG auf der Grundlage der DGB-Vorschläge nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Mitbestimmung ist, der ergänzt werden muß durch die Mitbestimmung in den Unternehmen und nicht zuletzt durch die echte Mitbestimmung der Vertreter der Arbeiter und Angestellten in der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik."

ÖTV fordert 13 bis 14 Prozent

Harter Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst Gewerkschaften lehnen Leitlinien strikt ab

Die Tarifbewegung im öffentlichen Dienst ist angelautet. Die Gewerkschaften ÖTV und DAG haben ihre Forderungen für die rund 1,3 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden formuliert: Erhöhung der Monatslöhne der Arbeiter und der Grundvergütungen der Angestellten um linear 9 Prozent plus einen Betrag von 40 DM (ÖTV) bzw. Erhöhung der Grundvergütung der Angestellten um 40 DM plus lineare Erhöhung um 9,5 Prozent (DAG). Die geltenden Tarifverträge laufen zum 31. Dezember 1970 aus. Die Bundesregierung hat zu den Gewerkschaftsforderungen eine schroff ablehnende Haltung bezogen. Harte Auseinandersetzungen, einschließlich Streik, werden auf beiden Seiten nicht ausgeschlossen.

Die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat am 5. November in Hamburg außerdem die Streichung der Ortsklasse A für Angestellte und der Klasse II für Arbeiter sowie die Erhöhung der Sparförderung von monatlich 13 DM, die im vergangenen Jahr für Bezieher von Lohn und Gehalt bis 1000 DM vereinbart worden war, gefordert. Die Gewerkschaft erklärte, die Lohn- und Gehaltsforderung von 9 Prozent plus 40 DM entspreche, in Prozent ausgedrückt, einer Lohnerhöhung zwischen 12,8 bis 14,4 Prozent bei den Arbeitern und 10,4 bis 14,1 Prozent bei den Angestellten, wobei die höheren Sätze für die niedrigen Einkommen gelten.

Schon jetzt ist zu erwarten, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit ihren Arbeitgebern — Bund, Länder und Gemeinden — hart zusammenprallen werden. Die Bundesregierung hat nämlich in ihrem Haushalt für 1971 nur um maximal 8 Prozent höhere Personalausgaben eingeplant, obwohl die öffentlichen Ausgaben um 12,2 Prozent, davon die offen ausgewiesenen Rüstungslasten um mindestens 14 Prozent, steigen sollen. Die vom Bundeskabinett noch rechtzeitig für diese Lohnbewegung festgelegte Lohnleitlinie, die eine Steigerung von 7 bis 8 Prozent zugesteht, sorgt außerdem für Zündstoff.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind empört, daß sie zum Sündenbock der konjunkturellen Entwicklung gemacht werden sollen. Ein solches Konzept wird von der Bundesregierung, insbesondere den Ministern Schiller, Möller und Genscher sowie von Bundesbankpräsident Klusen, in demagogischer Weise verfolgt, indem sie in ihrer antigewerkschaftlichen Agitation behaupten oder doch den Eindruck zu erwecken suchen, als müsse jedes Prozent Lohn und Gehalt über die Leitlinie hinaus Wirtschaft und Währung gefährden.

Die Gewerkschaften — das gilt in diesem Zusammenhang besonders für die ÖTV-Gewerkschaft, die Deutsche Postgewerkschaft, die Gewerkschaft

der Eisenbahner Deutschlands, die parallel für die Beschäftigten bei Post und Bahn verhandeln, und für die DAG — stehen vor der Notwendigkeit, unter ihren Mitgliedern eine intensive Aufklärungsarbeit über die Berechtigung ihrer Forderungen zu betreiben. Nur so können sie die nötige Kampfbereitschaft entwickeln, wie sie gerade erst in der Metallindustrie demonstriert wurde, und die für die begonnene Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst für den Erfolg ausschlaggebend ist.

Alle Versuche des für den Bund verhandlungsführenden Ministers Genscher, statt einer kräftigen effektiven Erhöhung der Löhne und Gehälter in den Bereich sogenannter vermögenswirksamer Leistungen auszuweichen, müssen zurückgewiesen werden. Derartige Leistungen können nur zusätzlich gewährt werden, aber nicht als Ersatz für direkte Einkommenszulagen. Das ist auch in den Diskussionen in den öffentlichen Unternehmen während der Vorbereitung der Tarifbewegung deutlich geworden. Überdies wird es angesichts zunehmender Berichte über ein Abflachen der Konjunkturkurve höchste Zeit, durch kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen, die der Gewinnlage der Wirtschaft entsprechen, eine Stärkung der Inlandsnachfrage zur Konjunkturfestigung herbeizuführen.

Zunehmende Unzufriedenheit breitet sich auch unter den Beamten aus, nachdem die Bundesregierung nicht mehr bereit ist, die ursprünglich zum 1. Januar 1971 geplante Vereinheitlichung der Besoldungen vorzunehmen. Statt struktureller und linearer Verbesserungen der Beamtenbesoldung ist lediglich wieder an lineare Erhöhungen gedacht, während die von den Beamten und vom DGB dringend verlangte Fortführung der Besoldungsreform erst wieder 1972 auf die Tagesordnung soll. Die Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes sind berechtigt. Sie müssen gemeinsam und mit der Kampfbereitschaft der Metallarbeiter für ihre Durchsetzung eintreten. K. Kilian

Erste Lohnabschlüsse in der Papiererzeugung

In den Tarifbezirken Westfalen, Mittelrhein, Bayern, Hessen und Norddeutschland der papiererzeugenden Industrie waren bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe neue Lohn- und Gehaltstarifverträge unter Dach und Fach. In dem Bezirk Nordrhein dauerten die Verhandlungen noch an. Im allgemeinen betragen die effektiven Erhöhungen um 12 Prozent. Dazu kommen in Westfalen und Mittelrhein kostenneutrale Vorwagehebungen der Ecklöhne und -gehälter sowie in Bayern ein neuer Lohn- und Gehaltsgruppenkatalog mit Lohnerhöhungen bis zu 6 Prozent. Die Verbesserungen wurden rückwirkend zum 1. September wirksam.

Für die Beschäftigten der papiererzeugenden Industrie in Westfalen, Mittelrhein und in Norddeutschland vereinbarte die IG Chemie-Papier-Keramik außerdem die stufenweise Zahlung eines 13. Monateinkommens bis 1973. Im Tarifgebiet Nordrhein finden am 13. November erneute Verhandlungen statt. Die Laufzeit der Lohn- und Gehaltsverträge beträgt 12 Monate.

Lohnkosten weiterhin niedriger als vor vier Jahren

Auch nach den Lohn- und Gehaltsabschlüssen der ersten sieben Monate dieses Jahres lag der Lohnkostenanteil am industriellen Umsatz weiterhin niedriger als vor vier Jahren. Entsprechend den letzten statistischen Auswertungen betragen die Lohn- und Gehaltskosten je 100 DM Umsatzerlös der Industrieunternehmen in dem genannten Zeitraum durchschnittlich 23,50 DM. Das ist weniger als im gleichen Siebenmonatszeitraum von 1966. Das bedeutet, wie der DGB mitteilt, daß die Erlössituation in der Industrie durch die Lohnentwicklung nicht geschmälert worden ist. Gegenteilige Darstellungen der Unternehmer seien reine Zweckmeldungen.

Hohe Verschuldung durch Konsumkredite

Nach einer Feststellung der Bundesbank erreichten die Kredite an „wirtschaftlich unselbständige Privatpersonen“, das heißt also Teilzahlungskredite, Anschaffungsdarlehen u. ä., ohne Wohnungsbau im Juni 1970 460 Mark pro Kopf der Bevölkerung. 1968 betragen sie noch 340 Mark. Pro Kopf der Bevölkerung heißt: vom Säugling bis zum Greis! Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung wäre das eine Verschuldung von rund 23 Milliarden DM.

Zielprojektion des DGB

Vorausschau für Wirtschafts- und Sozialentwicklung Wesentliche Aussage fehlt: Kürzung der Rüstungslast

Anfang Oktober hat der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes seine zweite Zielprojektion vorgelegt. Die erste erschien in der Öffentlichkeit vor einem Jahr als Konzeption der Gewerkschaften für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bis 1974. Das jetzt veröffentlichte Zahlenwerk soll bis 1975 reichen. Mit den Zielprojektionen wird einem Auftrag des 8. DGB-Kongresses entsprochen, der vom DGB-Bundesvorstand forderte, alle Jahre eine eigene Nationalbudget-Rechnung als Alternative zu den wirtschaftlichen Orientierungsdaten der Bundesregierung aufzustellen.

Dieser zweiten Zielprojektion wurde eine politische Wertung vorangestellt, mit der versucht wird zu beweisen, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Vorstellungen der ersten DGB-Zielprojektion übernommen und zum Teil verwirklicht habe. Wörtlich heißt es: „Im Hinblick auf 1970 kann festgestellt werden, daß diese Ziele in bezug auf Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliche Gleichheit durchaus erreicht worden sind.“ Dazu ist eine Tabelle über die Reallohnerhöhungen von 1955 bis 1970 aufgenommen, aus der hervorgeht, daß für 1970 — im ersten Jahr der SPD/FDP-Bundesregierung — der Reallohn mit 7,9 Prozent seit 15 Jahren am stärksten gestiegen sei.

Dieser Feststellung muß man allerdings entgegenhalten, daß in der Zielprojektion von 1969 für 1970 eine Bruttolohn- und gehaltserhöhung von 11,5 Prozent bei einer Preissteigerung des Privatverbrauchs von plus 2,2 Prozent angenommen worden war. Da die Preissteigerungen nach Angaben der Bundesbank in diesem Jahr auf 6 Prozent geschätzt werden, hätten selbst 15 Prozent Lohnerhöhung der Zielprojektion für 1970 nicht entsprochen. Dabei ist die 10prozentige Steuervorauszahlung nicht einmal berücksichtigt.

Die Orientierungsdaten der Zielprojektion von 1970 decken sich im wesentlichen mit den Zielvorstellungen von 1969. Allerdings sind andere Prioritäten gesetzt. Um, so heißt es in der Zielprojektion '70, die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungschancen in der Bundesrepublik voll auszuschöpfen, müssen Bundesregierung und Bundestag nach Überzeugung des DGB folgende Zielsetzungen aktiv unterstützen: Sicherung der Vollbeschäftigung; Stabilisierung des Preisniveaus bei Wahrung eines stetigen Wirtschaftswachstums und die Verbesserung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer.

Die Zielprojektion fordert, daß das Ungleichgewicht der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer bis 1973 restlos beseitigt und in den kommenden Jahren die Einkommensverhältnisse in wirtschaftlich vertret-

baren Schritten zugunsten der Arbeitnehmer im Interesse größerer Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern ist. Unangenehm auffallen muß dabei die Relativierung dieser unabdingbaren Forderung durch die Formulierung „in wirtschaftlich vertretbaren Schritten“.

Ferner wird die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, entsprechend den gestiegenen Leistungsanforderungen an

Besser informiert durch NACHRICHTEN

die Arbeiter und Angestellten und Verbesserung der Sparmöglichkeiten gefordert. Mit dieser Zielsetzung soll eine optimale Steigerung des Lebensstandards, so heißt es in der Zielprojektion, bei gleichzeitiger Sicherung zukunftsorientierter Gemeinschaftsaufgaben erreicht werden.

Ausgehend von einem umfangreichen Zahlenwerk wirtschaftspolitischer Entwicklung bis 1975, werden zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum, zur Stabilisierung des Preisniveaus und zur Verbesserung der Einkommensverteilung in der Zielprojektion 1970 konkrete Forderungen genannt. So u. a. Verbilligung der Kredite und Ausweitung der Kreditmöglichkeit für die Wirtschaft, Verzicht auf Kürzungen der für 1971 vorgesehenen Bundesausgaben und die Einleitung von Reformen in der Bildungs- und Infrastrukturpolitik sowie die umgehende Aufhebung der Steuervorauszahlungen und Rückerstattung der bereits einbehaltenen Zuschläge noch im Jahr 1971. Zur Stabilisierung des Preisniveaus wird die vorübergehende Bindung der Mieten, das Verbot der Bodenspekulation und die verstärkte Förderung des

Wohnungsbaues sowie das Verbot von Preisbindungen und die gemeinnützige Gestaltung der öffentlichen Tarife verlangt.

Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages im Jahre 1971, die Verdoppelung des Weihnachtsfreibetrages 1972 und die weitere Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages auf 720 DM 1973 sind Forderungen zur Verbesserung der Einkommensverteilung zusätzlich zur aktiven Lohnpolitik. Interessant ist, daß der DGB in der Zielprojektion anstelle der zusätzlichen Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages 1973 und der Verdoppelung des Weihnachtsfreibetrages als Alternative eine automatische Steuerfreiheit der Sozialabzüge, die mit Beginn des Jahres 1973 wirksam werden müßten, vorschlägt.

Als besonders wichtig wird in der Zielsetzung die Verkürzung der Arbeitszeit verlangt, mit einer Betonung auf Verlängerung des Jahresurlaubs. Ferner fordert der DGB in seiner Projektion die Einführung einer variablen Altersgrenze für den Eintritt in die Altersinvalidität. Jeder Arbeiter und Angestellte soll vom 60. Lebensjahr an selbst zwischen Rentenbezug und weiterer Arbeitstätigkeit wählen können.

Das reale Wirtschaftswachstum wird auf durchschnittlich 5 Prozent und der Anstieg der Lebenshaltungskosten auf durchschnittlich 2 Prozent pro Jahr in der Zielprojektion vorausgeschätzt. Dabei würde sich das Realeinkommen der unselbständig Beschäftigten 1971 um 6 und in den darauffolgenden Jahren um jeweils durchschnittlich 5 Prozent verbessern. Eine weitere Ausweitung der Kaufkraft 1971 soll durch Steuerentlastungen erreicht werden. Die Zielvorstellung geht dahin, daß sich ab 1974 das Realeinkommen je Arbeitnehmer mit einer um ein Zehntel größeren Zuwachsrate als das Realeinkommen je Selbständigen verbessert.

Wenige Tage nach der Veröffentlichung der Zielprojektion des DGB hat auch die Bundesregierung Orientierungsdaten für das Jahr 1971 beschlossen. Vergleicht man beide Veröffentlichungen miteinander, muß man leider feststellen, daß die Zielprojektion des DGB der Notwendigkeit, Alternativen zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu entwickeln, nicht immer gerecht wird. Es gibt vielerlei eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen, die für die Arbeiter und Angestellten von wesentlicher Bedeutung sind, die man aber in der Zielprojektion vergebens sucht.

Zwar hat der DGB nach der Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages zwischen der UdSSR und der Bundesregierung die Senkung der Rüstungsausgaben um 50 Prozent gefordert; dieses Verlangen ist jedoch in die Zielprojektion nicht aufgenommen worden. Es fehlen ferner die Forderungen nach Preisstopp für alle staat-

Konzertierte Aktion sinnlos

**DGB erhält keinen Einfluß auf Wirtschaftspolitik
Vielmehr nimmt Regierung Einfluß auf Tarifpolitik**

Die letzte Sitzung der „konzertierten Aktion“ hat einmal mehr die Nutzlosigkeit, wenn nicht sogar die Schädlichkeit der Teilnahme der Gewerkschaften an dieser Veranstaltung des Bundeswirtschaftsministers Schiller hinsichtlich der Interessen der Arbeiter und Angestellten bewiesen. Die Sitzung begann mit einer künstlichen Aufregung der Unternehmer, besonders des BDI-Präsidenten Fritz Berg — des Mannes, der während der September-Streiks 1969 den Gedanken hatte, auf streikende Arbeiter zu schießen.

Fritz Berg ereiferte sich demagogisch über eine Anzeige des DGB-Bundesvorstandes, in der, zweifellos zu Recht, festgestellt worden war: „Preiswellen entstehen durch Gewinnexplosionen. Weil die Unternehmer ihre Taschen füllen, werden die Verbraucher zur Kasse gebeten.“ Das nannte Berg eine „ausgesprochene Schweinerei“ und wegen diesem „Dreck“ könne er sich nicht mehr mit dem DGB an einen Tisch setzen. Nach Beilegung dieses Streites versandete die Aussprache in belanglose Redereien. Wenn es überhaupt etwas Positives anzumerken gab, dann war es die vom DGB-Bundesvorstand vorgelegte Zielprojektion bis 1975, der weder die Unternehmerverbände noch die Regierung das mindeste entgegenzusetzen hatten.

Es kann nun kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die „konzertierte Aktion“ keine Mitbestimmungsfunktion in der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erfüllen

lich beeinflussen Preise, Abschaffung aller Steuerprivilegien für Großeinkommen und stärkerer Besteuerung der Großvermögen, nach gesetzlicher Regelung für eine demokratische Preiskontrolle in marktbeherrschenden Großunternehmen sowie radikaler Beschneidung der Riesenprofite der Industrie- und Bankenkonzerne.

Bei allen Beanstandungen ist jedoch der Zielprojektion 1970 großer Wert für die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften zuzumessen. Gestützt auf die Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 22. Oktober 1969 an die Bundesregierung, kann die Zielprojektion beitragen, gewerkschaftliche Initiativen zu entwickeln und Kräfte zu ihrer Verwirklichung zu mobilisieren. Ohne den entscheidenden Kampf der Gewerkschaften zur Realisierung der in der Zielprojektion entwickelten Vorstellungen werden jedoch die Machtstrukturen in der Bundesrepublik nicht verändert und die gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht überwunden. H. S.

kann. Sie wurde von Schiller nur immer zusammengerufen, um den Gewerkschaften schwerwiegende wirtschaftliche und konjunkturpolitische Entscheidungen vorzulegen, ohne daß die Gewerkschaften dabei ein entscheidendes Wort mitzureden hatten. Die Gesprächsrunde erwies sich immer deutlicher als eine Plattform für Bundesregierung und Unternehmer, die Wirksamkeit der Gewerkschaften zu behindern und sie an die lohnpolitische Leine zu nehmen.

Die Frage nach dem Sinn weiterer Teilnahme der Gewerkschaften an der „konzertierten Aktion“ stellt sich immer schärfer. In den vergangenen Jahren haben sich verschiedene Gewerkschaftstage, wie auch der 8. Bundeskongreß des DGB, mit den Voraussetzungen über die Beteiligung der Gewerkschaften an der „konzertierten Aktion“ befaßt. So beschloß zum Beispiel der 7. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in bezug auf die „konzertierte Aktion“, die Bundesregierung nachdrücklich aufzufordern, nunmehr ein Programm „zur Verwirklichung der sozialen Symmetrie vorzulegen und durchzuführen“. In diesem Programm wurden u. a. Maßnahmen zur Verwirklichung einer gerechten Steuerpolitik und die Realisierung sozialer Symmetrie verlangt. Abschließend heißt es in dem Beschluß, wenn nicht die Interessen der Arbeitnehmer stärker berücksichtigt und die Lösung grundlegender gesellschaftlicher Fragen in Angriff genommen würden, sei „der Sinn der konzertierten Aktion in Frage gestellt“. Die Mitarbeit sei dann einzustellen.

Ähnliche Beschlüsse gibt es von anderen Gewerkschaftstagen und Konferenzen. Der 8. Bundeskongreß des DGB hat zwar die Teilnahme an der „konzertierten Aktion“ bejaht, jedoch unter der Voraussetzung, daß das Ziel eine „stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen“ sein müsse. Die Entscheidungen von Bundesregierungen und Bundestag — da ist leider die Brandt/Scheel-Regierung nicht auszunehmen — standen bisher in offenem Gegensatz zu den von den Gewerkschaften formulierten Zielsetzungen für die Mitarbeit an der „konzertierten Aktion“. Von einer stärkeren Berücksichtigung der Arbeit-

nehmerinteressen kann nicht gesprochen werden: Die Steuerlasten werden nicht gerechter verteilt, Kaufkraft und Anteil am Sozialprodukt bleiben weiter ungenügend und die unsinnigen Rüstungsaufwendungen belasten, wie bisher, den Sozialetat.

Unternehmerverbände und Wirtschaftsminister benutzen die „konzertierte Aktion“ als psychologisches Instrument, die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken, und die Mitwirkung der Gewerkschaften ist in keiner Weise geeignet, die Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele zu erleichtern.

In dem Beschluß des 8. DGB-Kongresses wird gesagt, daß Bundesvorstand und Bundesausschuß die Frage einer weiteren Mitarbeit der Gewerkschaften zu prüfen haben, falls sich erweisen sollte, „daß die Bindung an die konzertierte Aktion die Gewerkschaften in ihrer Handlungsfreiheit einschränkt und dadurch das Ungleichgewicht zwischen Kapitalinteressen und Arbeitnehmerinteressen verstärkt“. Auf Grund dieses Beschlusses müssen der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften die Mitarbeit an der „konzertierten Aktion“ ernsthaft prüfen und nötigenfalls die Mitarbeit daran einstellen.

Die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften haben bisher nicht das geringste durch die „konzertierte Aktion“ Schillers gewonnen und werden es auch in Zukunft nicht. Soziale Symmetrie, Erhöhung des Anteils am Sozialprodukt, gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung und ein sozial gerechtes Steuersystem können nur durch den Kampf der Gewerkschaften selbst, nur durch eine konsequente, aktive Tarifpolitik erreicht werden. - pp -

ICF-Kongreß für Mitbestimmung

In Kopenhagen tagte vom 22. bis 24. Oktober 1970 der 14. Kongreß der Internationalen Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden, die zum IBFG gehören. Zu der Föderation (ICF) gehören etwa drei Millionen Chemiegewerkschafter in 49 Ländern. Auf Antrag der IG Chemie-Papier-Keramik der Bundesrepublik sprach sich der Kongreß einstimmig für die Mitbestimmung in der Wirtschaft und für die Vermögensbildung von Arbeitern und Angestellten aus dem Produktivvermögen der Betriebe aus.

Zum neuen ICF-Präsidenten wurde der Vorsitzende der IG Chemie-Papier-Keramik, Karl Hauenschild, gewählt. Er übernahm dieses Amt von Wilhelm Gefeller, den er bereits 1969 aus Altersgründen als Vorsitzenden der IG Chemie abgelöst hatte.

Höhenflug

Im Oktober 1970 waren die Lebenshaltungskosten wieder um 4 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Damit steht fest, daß der diesjährige allgemeine Preisanstieg mindestens dieses Niveau erreichen wird. Um den gleichen Prozentsatz werden die Kaufkraft der D-Mark und die Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemindert. Nach den Voraussagen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute in der Bundesrepublik und des Deutschen Gewerkschaftsbundes werden die Preissteigerungen 1971 annähernd in der gleichen Größenordnung liegen, wenn nicht Entscheidendes geschieht.

Angesichts der Tatsache, daß z. B. die Baupreise für Wohnungen von August 1969 bis August 1970 um 16,9 Prozent gestiegen sind, daß Mieten, Brennmaterial, Lebensmittel und industrielle Verbrauchsgüter rasch im Preis nach oben klettern, wären durchschlagende Maßnahmen der Bundesregierung zur Preisdämpfung angebracht. Insbesondere gilt es die Preisbindung aufzuheben und andere Maßnahmen zur Durchbrechung von Monopolpreisen zu ergreifen. Der vom DGB geforderte befristete Mietpreisstopp und die Unterbindung der Bodenspekulation wären auf dem Sektor des Wohnungswesens wirksame Schritte gegen den Mietwucher.

Aber statt dessen denkt offenbar nicht einmal der Bund in dem von ihm unmittelbar beeinflussbaren Bereich zur Preisdämpfung beizutragen. So visiert die Bundesbahn die Erhöhung mehrerer Tarife, vor allem im Frachtverkehr, an. Am 10. Dezember wird der Verwaltungsrat der Bundesbahn vermutlich schon die ersten Beratungen darüber aufnehmen. Selbst wenn am Ende keine Erhöhungen der Tarife im Personenverkehr dabei herauskommen, was keineswegs sicher ist, würden auch Frachterhöhungen zu Preissteigerungen bei Konsumgütern führen. Bekanntlich pflegen die Unternehmer diese Verteuerung an die Verbraucher weiterzugeben. Darüber hinaus dürfte das schlechte Beispiel der Bundesbahn andere Branchen zur Nachahmung ermuntern.

Energische Maßnahmen gegen unternehmerische Preistreiberei als sichtbarer Ausdruck der Profitsucht sind zugleich auch wirksame Mittel gegen die hemmungslose Demagogie, welche CDU und CSU mit der Preisentwicklung treiben. Daß das kapitalistische Profitsystem zwangsläufig zur Unterminierung von Kaufkraft und Währungsstabilität führt, beweist die Entwicklung seit Gründung der Bundesrepublik. Daß aber die SPD-geführte Regierung ebenso wenig gegen willkürliche Preissteigerungen unternimmt, wie seinerzeit die CDU/CSU-Regierungen, läßt sie in die Schußlinie geraten. Und daran ist sie selbst schuld. Sb.

„Hilfreichen Druck ausüben“

Stellungnahmen zur DGB-Erklärung vom Oktober 1969 Weitere Antworten auf eine NACHRICHTEN-Umfrage

Am 22. Oktober 1970 jährte sich zum erstenmal der Tag, an dem der Bundesvorstand des DGB der damals neugebildeten Bundesregierung in einer Erklärung die Forderungen und Erwartungen der Gewerkschafter und der arbeitenden Bevölkerung präsentierte. Aus diesem Anlaß haben NACHRICHTEN in einer Umfrage bei Gewerkschaftsfunktionären und -vorständen sowie Betriebsräten deren Meinung zu zwei Fragen erbeten: „1. Betrachten Sie den Inhalt der Erklärung vom 22. Oktober 1969 weiterhin als verbindlich und aktuell? 2. Welche Forderungen wären nach Ihrer Auffassung mit Vorrang zu vertreten?“ Wir setzen nachstehend den in Nr. 10/70 begonnenen Abdruck der Antworten fort (s. dazu auch „69er DGB-Erklärung aktuell“ in Nr. 9/70):

Arnold Böcker; Delegierter des außerordentlichen Bundeskongresses der Deutschen Postgewerkschaft und Personalrat im Postamt Utersen: Selbstverständlich sind die DGB-Forderungen vom Oktober vorigen Jahres an die neue Bundesregierung unverändert gültig. Sie sind ja noch nicht erfüllt und so schnell geht das auch nicht. Ich bin aber der Meinung, daß es nun an der Zeit ist, in zwei Dingen zur Entscheidung zu kommen: Außer der Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes muß die paritätische Mitbestimmung in der Wirtschaft, aber auch den Dienstleistungsunternehmen des Bundes, eingeführt werden. Das gilt in unserem Bereich für die Bundespost. Und schließlich muß nun endlich eine gerechte Vermögensbildung ermöglicht werden, damit die Arbeitnehmer nicht länger leer ausgehen.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreis Hildesheim-Marienburg: 1. Der Inhalt der Erklärung ist nach wie vor aktuell. — 2. Wir halten die Frage der Sicherung der Vollbeschäftigung, Stabilisierung der Preise, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sowie die sozialpolitischen Forderungen für vorrangig. Bei den sozialpolitischen Fragen in erster Linie nach wie vor die Frage der Altersversicherung, hier Einführung der Wahlfreiheit der Altersgrenze vom 60. Lebensjahr an. Weiter den Ausbau der Gesundheitsvorsorge und die Herausnahme der Fremdaufgaben aus dem Bereich der Krankenversicherung und den Erlaß eines Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Wir erlauben uns, auf die Veröffentlichung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 8. Oktober 1970 unter dem Titel: „Die Ziele des DGB für die nächsten fünf Jahre“ hinzuweisen.

Erwin Ebeling, Hagen, Betriebsratsvorsitzender der Stahlwerke Süd-Westfalen: Am 22. 10. 1969 richtete der DGB eine Erklärung an die neue Bundesregierung. In dieser Erklärung weist der DGB die Bundesregierung auf die vordringlichen Aufgaben hin, die im Interesse der Arbeitnehmer gelöst werden müssen. Neben solchen gesellschaftlichen Fragen wie Aus-

dehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Großunternehmen, Verbot der NPD, neben Fragen der Wirtschaft- und Finanzpolitik wie Wiederanhebung der km-Pauschale, Abschaffung der Steuerprivilegien für Grofeinkommen und andere, neben Fragen der Alterssicherung, Krankenversicherung, des Arbeitsrechts und der Bildungspolitik wird zu Fragen des Friedens, zur internationalen Politik Stellung genommen. Der DGB erwartet die Verbesserung der Beziehungen mit den Ostblock-Staaten mit dem Ziel, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen zu verstärken, ferner die aktive Förderung einer international kontrollierten Abrüstung, den Verzicht der BRD auf Besitz von atomaren Waffen und daß der Frieden durch wirksame Beiträge zur internationalen Entspannung und zur Völkerverständigung zwischen Ost und West gesichert wird.

Als einen solchen wirksamen Beitrag sehe ich den Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR, der den kalten Krieg ablösen und die Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR einleiten kann. Die Ratifizierung dieses Vertrages steht auf der Tagesordnung. Der DGB ist entsprechend der richtigen Erklärung vom 22. 10. 1969 verpflichtet, die Bundesregierung aufzufordern, mit der Ratifizierung dieses Vertrages nicht länger zu zögern, sondern die Ratifizierung schnellstens zu vollziehen. Der DGB sollte aber selbst auch alles tun, um die Mitgliedschaft über den Inhalt des Vertrages zu unterrichten, sollte alles tun, um diesen Vertrag mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört auch, die Bundesregierung aufzufordern, endlich die Rüstungsmilliarden abzubauen, um die Mittel zur Lösung der Fragen der Bildungspolitik zu erhalten. Der Moskauer Vertrag sichert den Frieden in Europa, den wir alle wünschen. Er ermöglicht die Abrüstung, wenn wir gemeinsam handeln. Wir müssen gemeinsam die Demagogie der Rechtskräfte in der CDU/CSU zurückweisen. Gemeinsam müssen wir den Kampf für die Ratifizierung führen; damit sichern wir die demokratische und friedliche Entwicklung der BRD, was es die Erklärung des DGB fordert. Das ist im Interesse

und zum Nutzen aller Arbeitnehmer; damit müssen gleichzeitig aber auch sichtbare Fortschritte in den sozialen Fragen, entsprechend der DGB-Erklärung, nun endlich von der Bundesregierung verlangt werden.

Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptverwaltung, Kassel: Zu Frage 1: Wir betrachten selbstverständlich die im Oktober vergangenen Jahres an die neue Bundesregierung gerichteten Forderungen und Wünsche der Gewerkschaften nach wie vor als aktuell. Das ergibt sich schon allein daraus, daß der DGB und die in ihm vereinigten Gewerkschaften auch im Laufe des Jahres wiederholt diese Forderungen unterstrichen haben, wobei erfreulicherweise zu verzeichnen ist, daß einige dieser Forderungen bereits erfüllt bzw. durch die Regierung konkret in Angriff genommen worden sind. Wir denken dabei insbesondere an die gegenwärtig im Bundesarbeitsministerium lau-

schafspolitik, die einseitig und ausschließlich den Monopolen dient. Mehrwertsteuer, konzentrierte Aktion ohne Spur von sozialer Symmetrie, Steuer-Vorauszahlung und Ablehnung der paritätischen Mitbestimmung liegen ausschließlich im Interesse der Konzerne.

Die Lohnbewegung in der Metallindustrie, insbesondere das direkte Eingreifen der Kollegen, zeigt, daß Arbeiter bereit sind, um ihre Interessen zu kämpfen. Es ist deshalb notwendig, nicht länger auf die Inangriffnahme der gewerkschaftlichen Forderungen durch die Bundesregierung zu irgendeinem unbestimmten Termin zu warten, sondern durch eigene Aktivitäten und aktive Beteiligung der Gewerkschaften an solchen Bewegungen in der Bevölkerung, wie z. B. Mieten-Proteste, Rote-Punkt-Aktion, Aktionen gegen Preis- und Steuererhöhungen, Druck auf Bonn auszuüben. Eines muß dabei jedem, vor allem jedem sozialdemokratischen Kollegen, klar sein: Wir dürfen auch bei dieser Regierung nicht auf eigene Kritik verzichten und zusehen, wie sie ständig dem Druck von rechts nachgibt. Die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen, daß die Forderungen aus der Erklärung vom 22. Oktober 1969 verwirklicht werden.

Heinz Wölzel, Betriebsrat bei J. H. Benecke und Mitglied des Verwaltungsstellen-Vorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, Hannover: Vom Bundesvorstand des DGB wurde vor einem Jahr von der neuen Bundesregierung gefordert, wirksame Beiträge zum Frieden, für die Verständigung und Entspannung zu leisten. In einer ersten Erklärung zum Moskauer Vertrag forderte der Bundesvorstand zu Recht eine Senkung der Rüstungsausgaben. Das ist gut. Der Moskauer Vertrag schafft auch für uns Gewerkschafter neuen Spielraum. Ist es nicht doch letztendlich auch ein Erfolg der Bemühungen vieler Arbeiter und Angestellten für internationale Beziehungen und Völkerverständigung. Jetzt muß der zweite Schritt folgen, indem der Vertrag umgehend vom deutschen Bundestag ratifiziert wird. Nur mit dieser Maßnahme erhält der Vertrag Leben und bleibt kein Papier mit schönen Worten. Die Ratifizierung wird zur Zeit bewußt von den rechten Kräften zerredet und soll torpediert werden. Um so dringender ist das gemeinsame Auftreten von Sozialdemokraten, Kommunisten und liberalen Bürgern in ihren Wirkungskreisen, um das Ja zum Moskauer Vertrag zu bekräftigen und damit die Forderung nach dringender Ratifizierung zu unterstützen. Besonders die SPD-Genossen sollten verstärkt für den Vertrag eintreten, der von ihrem Vorsitzenden in seiner jetzigen Eigenschaft als Bundeskanzler unterzeichnet wurde.

Günter Wolters, Mönchengladbach, Mitglied des Landesvorstandes der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gast-

stätten in Nordrhein-Westfalen: Die Forderungen des DGB zur Regierungsneubildung von SPD und FDP spiegeln tatsächlich die Wünsche, Anliegen und Sorgen der arbeitenden Bevölkerung in der BRD, gleich 80 Prozent, wider. Suchen wir jetzt nach Lösungsmöglichkeiten, diese Forderungen zu verwirklichen, fangen wir am besten bei den Gewerkschaftern an. Und zwar meine ich ganz bestimmte Kollegen, nämlich die im Bundestag die Interessen der Bevölkerung vertreten sollen. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Bundestag schwankt um die 50 Prozent. Ich glaube, daß das eine gute Basis ist, die Forderungen der Gewerkschaften und arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen. MdB nehmen laufend an Kongressen und Tagungen der Gewerkschafter teil, mal als Gäste, mal als Delegierte mit Stimmrecht, wo ihre Kollegen ihre Forderungen an diese Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung formulieren. Sie nehmen an den Diskussionen und Abstimmungen teil. Wir müssen verstärkt darauf drängen, daß die MdB sich auch noch nach den Tagungen an diese Beschlüsse ihrer Gewerkschaften erinnern und sie sich auch in ihrer politischen Arbeit zu eigen machen, indem sie aktiv auf die Verwirklichung drängen.

DGB für variable Altersgrenze ab 60 Jahre

Nach einer Mitteilung des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr geht die Lebens- und Rentenerwartung der 60- bis 65jährigen Männer, entgegen einer weitverbreiteten Ansicht, seit 1960 kontinuierlich zurück. Das unterstreiche die Wichtigkeit der DGB-Forderung nach Einführung einer variablen Altersgrenze, die es jedem Beschäftigten ermögliche, frei zwischen dem Bezug von Altersrente und weiterer Beschäftigung zu wählen. Vor allem von Medizinern, Arbeitspsychologen und -physiologen werde immer wieder hervorgehoben, sagte Muhr, daß die starre Altersgrenze nicht genügend den individuellen Verschiedenheiten in der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitnehmer Rechnung trage.

Der DGB hat errechnet, daß die Realisierung seiner Forderung 1971 an Mehrausgaben und Mindereinnahmen der Rentenversicherung zwischen 3 und 3,5 Milliarden DM kosten würde. Außerdem sei mit einer Verringerung des Arbeitskräftepotentials um 1 Prozent zu rechnen. Zur Finanzierung dieser dringenden sozialpolitischen Verbesserung schlug Muhr vor, daß künftig Rehabilitationsmaßnahmen sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten von den Unternehmern zu finanzieren seien und außerdem die Bundeszuschüsse wieder erhöht werden müßten.

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

fenden Arbeiten für ein neues Betriebsverfassungsgesetz, an die Beseitigung des Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung, die Verbesserung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung und an einige erfreuliche Initiativen und Erfolge in der internationalen Politik.

Zu Frage 2: Wenn überhaupt Prioritäten aufgestellt werden müßten, so würden wir gegenwärtig den größten Wert darauf legen, daß durch eine Kombination von vermögens-, finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen das vorhandene Ungleichgewicht bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung beseitigt wird.

Heinz Hummler, Stuttgart, Betriebsratsmitglied der Travo-Union und Mitglied der Vertreterversammlung der IG Metall: Ein Jahr nach der Erklärung des Bundesvorstandes des DGB an die neue Bundesregierung ist es nach meiner Meinung notwendig, eine erste Bilanz zu ziehen. Diese Erklärung, so kann man heute sagen, war und ist richtig im Interesse aller Arbeitenden. Kritisch muß jedoch festgestellt werden, daß die Politik der Bundesregierung sich wenig oder überhaupt nicht an den von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen orientiert. Besonders deutlich wird das in der Schillerschen Wirt-

AEG - mit der Dividende vorn

Ein Betrieb in Winnenden: Klein aber „oho“
Heute in vier Wochen Jahresproduktion von 1957

AEG-Telefunken ist der zweitgrößte Elektro-Konzern nach Siemens in der Bundesrepublik. In der Rangliste der hundert größten Industrieunternehmen Westdeutschlands rangierte AEG-Telefunken 1968 mit einem Umsatz von 5,852 Milliarden DM und einer Beschäftigtenzahl von 146 000 an der neunten Stelle. 1962 betrug die Belegschaftsstärke 127 000 Beschäftigte und der Umsatz 3,112 Milliarden DM. Die Expansion dieses Konzerns ist danach ganz erheblich, und seit Jahren werden 16 Prozent Dividende auf zur Zeit 510 Millionen DM Aktienkapital ausgeschüttet. Neben Siemens und Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) ist die AEG wesentlich im Rüstungsgeschäft engagiert. In diesem Jahr wird der Konzern für die Weiterentwicklung eine halbe Milliarde DM investieren.

Der AEG-Betrieb in Winnenden, 20 Kilometer von Stuttgart entfernt, ist mit rund 1650 Beschäftigten — darunter 340 Angestellte und rund 600 Frauen — nur ein verhältnismäßig bescheidener Teilbetrieb des Konzerns. In modernen großen und hellen Hallen werden hier Elektrowerkzeuge, besonders elektrische Bohrmaschinen, produziert. Der Betrieb, 1957 noch in Stuttgart ansässig, hat aber eine bemerkenswerte Entwicklung hinter sich: Heute produziert die um ein Drittel gewachsene Belegschaft in einem Monat, wozu 1957 noch ein ganzes Jahr nötig war. Dieses rasante Anwachsen der Produktivität ist zweifellos nicht allein auf die moderne technische Ausrüstung zurückzuführen, sondern im wesentlichen auf die steigende Intensität der menschlichen Arbeitsleistung.

Einem Gespräch mit Erich Weigel, Betriebsratsvorsitzender der AEG Winnenden, ist zu entnehmen, daß zwar die Lohn- und Gehaltsverhältnisse in dem Betrieb sich im Vergleich zu ähnlichen Unternehmen durchaus sehen lassen können, aber sicherlich sind die Löhne und Gehälter gegenüber der Produktivitätssteigerung immer mehr zurückgeblieben. Schon während der Septemberstreiks 1969 habe sich die Belegschaft sehr entschieden für eine angemessene Verbesserung der Löhne eingesetzt. Die Effektivlöhne lagen vor der letzten Lohnbewegung im Durchschnitt 35 Prozent über dem Tariflohn.

Was dem Betriebsratsvorsitzenden Weigel in bezug auf die Lohnverhältnisse Sorgen macht, ist die noch immer nicht gelungene Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne, wengleich auch der Betriebsrat hier ein erhebliches Stück weitergekommen ist. In dem Gespräch blieb nicht unerwähnt, daß zu den Löhnen ein gestaffeltes Weihnachtsgeld gezahlt wird und der Betriebsrat einen Sozialfonds verwaltet, der vom Unternehmen gespeist wird; pro Monat und Beschäftigten werden 25 Pfennig in den Fonds abgeführt. Außerdem unterhält der Konzern Ferienheime und er zahlt Rubegeld ab zehn Jahre Betriebszuge-

hörigkeit nach einem etwas komplizierten Verfahren.

Nach den Schwierigkeiten der Betriebsratstätigkeit gefragt, erklärte Erich Weigel, daß, wie immer in einem Betrieb, wo viel im Akkord

Zur Person: Erich Weigel

Erich Weigel ist 45 Jahre alt, verheiratet und von Beruf Dreher. Seit 1957 ist er Mitglied des Betriebsrates in der AEG Winnenden und von 1964 an Betriebsratsvorsitzender. Daneben ist Erich Weigel Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall Waiblingen und politisch organisiert in der DKP. Als Delegierter des 8. DGB-Kongresses ist er zugleich Delegierter des bevorstehenden außerordentlichen Kongresses im Mai 1971.

Erst 1949 kam Erich Weigel aus der Gefangenschaft zurück, aber die politischen Erkenntnisse, die Nazi-herrschaft, Krieg und Gefangenschaft bei ihm wachsen ließen, drängten ihn dazu, sich sofort gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. „Man lebt als politisch und gewerkschaftlich handelnder Mensch bewußter“, so sagt Erich Weigel. Über seine gewerkschaftliche und politische Tätigkeit hinaus aber gilt seine Liebe der Natur — er ist Mitglied der Naturfreunde — und seinem Garten.

Seine Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzender bringt viel Arbeit und manchmal auch Ärger mit sich, aber Erich Weigel setzt sich mit seiner ganzen Person für seine Arbeit ein. Die Probleme dürften mit der wachsenden Rationalisierung im Betrieb größer werden, so meint Erich Weigel, „aber ich habe die Zuversicht, daß in unserer Belegschaft die Erkenntnis von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation stärker und stärker wird und wir gemeinsam, Betriebsrat und Belegschaft, die Probleme, die unsere Zeit bringt, lösen können“.

gearbeitet wird, auch viel Reibereien zu bereinigen sind. Ferner ist der Betrieb zu schnell gewachsen, und auch aus dieser Tatsache ergeben sich hin und wieder Schwierigkeiten, die aber in der Regel im Interesse der Belegschaft vom Betriebsrat ausgemüht werden können. Kritisch ist nach den Worten des Betriebsratsvorsitzenden der Arbeitskräftemangel für den Betrieb. Fachkräfte fehlen, weil von der gegenüber Stuttgart zu geringen Lohnhöhe wenig Anreiz ausgeht, in den Betrieb zu kommen.

Erich Weigel sagt, daß der Betriebsrat sehr daran interessiert sei, im Betrieb selbst Fachkräfte durch Qualifizierung von Belegschaftsmitgliedern heranzuziehen. Erst in letzter Zeit ist die Betriebsleitung auf diese Forderung des Betriebsrates eingegangen. Erich Weigel möchte aber noch weiter gehen. Er wünscht private Möglichkeiten zur Ausbildung von Belegschaftsmitgliedern mit Unterstützung des Betriebes, um eine möglichst freie Entfaltung der Auszubildenden zu sichern.

Erschwert wird die Arbeit des Betriebsrates dadurch, daß nur 50 Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind. Aber nach dem September-Streik 1969, der bei der AEG in Winnenden sehr erfolgreich war und der Belegschaft die Notwendigkeit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses deutlich machte, steigt die Zahl der Belegschaftsmitglieder, die sich gewerkschaftlich organisieren. Bemerkenswert ist, daß die rund 600 ausländischen Arbeitskräfte — zu meist Griechen — relativ besser organisiert sind als die einheimischen Arbeiter.

Etwas schwierig ist das Verhältnis zwischen den Arbeitern und Angestellten im Betrieb. Die Angestellten sind ausschließlich in der DAG organisiert. Der Betriebsratsvorsitzende Erich Weigel betrachtet das Verhältnis aber sehr objektiv. Er sagt: „Gibt es Spannungen, liegt die Schuld meist auf beiden Seiten. In der modernen Wirtschaft gleichen sich die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten immer mehr aus. Man muß darum gegenseitig bemüht sein, auf ein harmonisches Verhältnis hinzuwirken und gemeinsam die gleichen Interessen vertreten.“

Im letzten Lohnkampf der IG Metall in Baden-Württemberg hat sich die Belegschaft der AEG in Winnenden entschieden für die Forderung der Gewerkschaft ausgesprochen. Unter den Arbeitern gab es kein Verständnis für die hartnäckige Haltung der Unternehmer in Baden-Württemberg. An einem Warnstreik zu Beginn der Lohnbewegung haben sich alle Arbeiter beteiligt, auch die im Betrieb beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte. Das Resultat der Urabstimmung lag in Winnenden höher, nämlich 95,2 Prozent für Streik, als im Durchschnitt des Tarifgebietes Nordwürttemberg-Nordbaden.

H. S.

DPG tadelt Georg Leber

Außerordentlicher Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft fordert von Bundesregierung die paritätische Mitbestimmung

Der außerordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft stand am 22. und 23. Oktober 1970 in Kassel völlig im Zeichen des Verlangens der Postgewerkschafter nach paritätischer Mitbestimmung im neu zu bildenden Aufsichtsrat der Bundespost. Die schroffe Ablehnung dieser Forderung durch Verkehrs- und Postminister Georg Leber hat die Fronten weiter verhärtet. Außerdem faßte der Kongreß Beschlüsse zu Fragen des Gewerkschaftsbeitrages und über die Einführung einer Freizeit-Unfallversicherung.

Einstimmig lehnte der außerordentliche Gewerkschaftstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuordnung der Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost ab, und zwar zur Hauptsache aus dem Grunde, weil Bonn die Forderung der DPG nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung bei der Post abgelehnt hat. Das Auftreten von Minister Leber und seines Staatssekretärs Gscheidle — bis vor einem Jahr noch 2. Vorsitzender der Postgewerkschaft — vor den Delegierten hat diese nicht umstimmen können, sondern eher noch in ihrer ablehnenden Haltung bestärkt.

Georg Leber sorgte gleich zu Beginn des außerordentlichen Kongresses in seiner Begrüßung für Unruhe. Er kehrte in der Frage der paritätischen Mitbestimmung sein Innerstes nach außen und verkündete, daß „die im Bereich öffentlicher Unternehmen förmliche Parität in Wirklichkeit zu einer qualifizierten Majorität der Arbeitnehmer führen“ müsse, denn man könne davon ausgehen, daß unter den von der Regierung zu ernennenden Vertretern des öffentlichen Interesses im Aufsichtsrat „nicht nur Feinde der Arbeitnehmer“ seien. Mitbestimmung in der privaten Wirtschaft sei wohl denkbar, aber in den öffentlichen Unternehmen sei die Konsequenz diese: „Die Eisenbahn den Eisenbahnern, die Straßenbahn den Straßenbahnern und die Schlachthöfe den Metzgergesellen.“

Damit machte Leber klar, daß die Gegner der paritätischen Mitbestimmung nicht allein in der FDP zu suchen sind, und daß die Erklärung von sozialdemokratischen Politikern, die FDP allein sei die Mitbestimmungsbremse, nur eine Ausrede gegenüber den Gewerkschaftern ist. Georg Leber, der frühere Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden, verteidigte den Gesetzentwurf des Bundeskabinetts, der für „Vertreter des öffentlichen Interesses“, für die Unternehmerschaft und für die Beschäftigten bei der Post bzw. die Gewerkschaften je 8 Aufsichtsratsmandate — die „Drittelparität“ — vorsieht.

Die Postgewerkschafter wollen ihre Ablehnung des Postverfassungsgesetzes erst überprüfen, wenn:

1. dem zu bildenden Aufsichtsrat je zur Hälfte (ohne „neutralen“ Mann) Vertreter des öffentlichen Interesses und der Postbeschäftigten angehören;

2. dem Aufsichtsrat eine unmittelbare Einflußnahme auf personelle und organisatorische Entscheidungen eingeräumt wurde;

3. die Post von Einflüssen fremder Ministerien befreit ist.

In der Diskussion mußte Minister Leber sich fragen lassen, ob er den Arbeitnehmervertretern Verantwortungslosigkeit unterstelle, weshalb er ihre Majorität in einem Aufsichtsrat ablehne. Dem ehemaligen 2. DPG-Vorsitzenden Gscheidle, der vergebens für die Regierungskonzeption zur Umwandlung der Post in ein

„marktwirtschaftlich“ geführtes Unternehmen warb, bescheinigte der jetzige 3. Vorsitzende Heinz Esders ironisch, daß er immer mit größtem Engagement kämpfe: Kürzlich noch für, heute gegen die Belange der Postgewerkschafter.

In den beiden anderen Fragen, die Gegenstand des außerordentlichen Kongresses waren — Beitragsregelung und Freizeit-Unfallversicherung — mußte der Hauptvorstand eine scharfe Mißbilligung der Delegierten hinnehmen. Sie warfen ihm vor, in eigenmächtiger Weise neue Beitragsätze und die Versicherung eingeführt zu haben. Die Freizeitversicherung wurde nachträglich gebilligt. Dagegen wurde die Satzungsbestimmung gestrichen: „Der Hauptvorstand ist berechtigt, Höchstbeiträge festzusetzen.“ Sie wurde ersetzt durch die Bestimmung: „Die Entscheidung über eine Änderung der Beitragsregelung obliegt allein dem Kongreß.“

Der außerordentliche Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft war von einem ausgeprägten Selbstbewußtsein der Delegierten gekennzeichnet. Allerdings wollte der Vorsitzende Stenger von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Mitbestimmungsforderung vor der Presse nichts wissen. Die Postgewerkschafter werden eine solche Meinung wohl kaum tolerieren. G.S.

Frauenforum der DKP

Ohne die aktive Einbeziehung der Frau in alle Bereiche des Lebens ist ein „gesellschaftlicher Fortschritt“ nur eine Farce. Das wurde auf dem ersten Frauenforum der DKP im Oktober dieses Jahres in Frankfurt am Main deutlich, an dem etwa 650 Betriebsrätinnen, Elternbeiratsmitglieder, parteilose Frauen und Mitglieder der DKP teilnahmen. Wie sehr die Frauenprobleme auf den Nägeln brennen, zeigt die Tatsache, daß statt der 400 angemeldeten Teilnehmerinnen 650 das Forum besuchten.

In der Bundesrepublik wird zwar viel von der Gleichberechtigung der Frau gesprochen und geschrieben, doch die Realitäten sehen anders aus. Obwohl unsere Wirtschaft nicht auf die Frauen verzichten kann, kennzeichnen viele Benachteiligungen ihre Stellung im Beruf. Marianne Konze, Leiterin des neugegründeten Arbeitskreises Frauenpolitik beim Parteivorstand der DKP, unterstrich im Referat besonders dieses Problem. So führte sie an, daß z. B. in der Industrie heute etwa drei Millionen Arbeiterinnen die am niedrigsten bezahlten Tätigkeiten verrichten. Industriearbeiterinnen verdienen jede Woche einen Hundertmarkschein

weniger als ihre männlichen Kollegen. Jede zweite erwerbstätige Frau arbeitet als Angestellte. Deren durchschnittliches Bruttomonatsgehalt ist sogar um ein Drittel niedriger als das der Männer.

Die unzureichende Zahl von Kindergartenplätzen wie auch die antiquierte Betreuung in den vorhandenen Einrichtungen wurde am heftigsten diskutiert. Viele Frauen würden den Weg eher ins Berufsleben finden, wüßten sie ihre Kinder in guten Kindergärten und Kindertagesstätten, die den heutigen Anforderungen gerecht werden.

Bezeichnend war an dieser Tagung, daß die Frauen offen und leidenschaftlich ihre Probleme vortrugen. Am treffendsten umriß eine der jüngsten Teilnehmerinnen dieses Forums, Helga Mies, das ganze Problem der beruflichen Bildung und Fortbildung der Frauen und Mädchen. Sie schilderte, wie sie auf der Suche nach einem ihren Wünschen entsprechenden Beruf von vielen Institutionen und Betrieben abgewiesen wurde, nur weil sie ein Mädchen ist.

Doris Tripp / Ruth Malkomes

Kritik am Berufsbildungsgesetz

Bundestagung des DGB für berufliche Bildung Unzumutbares Gesetz — Betroffene nicht vertreten

Am 28. und 29. Oktober 1970 veranstaltete der DGB-Bundesvorstand in Frankfurt am Main die im Dreijahresrhythmus stattfindende Bundestagung für berufliche Bildung. Rund 400 Teilnehmer — Gewerkschaftsfunktionäre, Ausbilder und Berufspädagogen sowie Vertreter der Unternehmerkammern, der Arbeits- und Kultusministerien — beschäftigten sich hauptsächlich mit der Bilanz nach einem Jahr Berufsbildungsgesetz und der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung. Das am 1. September 1969 in Kraft getretene „unzureichende Gesetz“ hat die Bundestagung negativ bilanziert.

In den fünf Arbeitskreisen wie auch im Plenum der Konferenz kritisierten vor allem Funktionäre der Gewerkschaftsjugend, daß die von den skandalösen Mißständen in der beruflichen Bildung betroffenen Lehrlinge und jungen Arbeiter sowie die Jugendsprecher nicht vertreten waren. Maria Weber, das für berufliche Bildung zuständige DGB-Bundesvorstandsmitglied, kritisierte in ihrer Eröffnungsrede, daß nach einem Jahr Berufsbildungsgesetz die Berufsausbildung immer noch eine „Domäne der Unternehmer“ sei. „Die Zuordnung der beruflichen Bildung zu dem im Grunde längst überholten Kammersystem der Unternehmer“ bezeichnete sie als einen „Rückfall in ständische Vorstellungen vergangener Zeiten“.

Im Verlauf der Tagung wurde nur zu deutlich: „Das neue Gesetz festigt alte Privilegien. Die Arbeitgeber haben in allen entscheidenden Fragen ihre Machtposition behauptet. Es sind ihre Kammern, die für die Regelung und Überwachung der Berufsausbildung zuständig sind.“ So heißt es in dem schriftlich vorgelegten Bericht von Horst Lemke und Otto Semmler. Daran haben auch die Berufsbildungsausschüsse im Bundesmaßstab, in den Ländern und bei den Kammern nichts geändert. Diesen Ausschüssen wurde nur eine beratende Funktion eingeräumt, und in vielen Fällen haben die Unternehmer ihre Konstituierung monatelang hinausgezögert. Von einer wirksamen Mitbestimmung der Gewerkschaften — von den Auszubildenden ganz zu schweigen — kann nicht gesprochen werden.

Angeichts der tiefen Krise in der beruflichen Ausbildung mußte auch Bundesarbeitsminister Walter Arendt den gegenwärtigen Zustand als „grau und glanzlos“ bezeichnen. Unter anderem legte er dar, daß 15 000 Berufsschullehrer fehlen, das sind 39 Prozent aller Lehrerstellen an Berufsschulen. Von den 531 anerkannten Ausbildungsberufen sind bei mehr als der Hälfte die Ordnungsmittel älter als 30 Jahre. Demnach wird heute nach Ordnungsmitteln — Berufsbild, Prüfungsanforderungen usw. — ausgebildet, die während der Zeit des Faschismus festgelegt wurden.

Arendt konnte auch nicht umhin eingestehen, daß die Auszubildenden in großem Umfang zu ausbildungsfremden Nebenarbeiten gezwungen werden. In den Arbeitskreisen wurde zwar diese weitverbreitete Lehrlingsausbeutung etwas deutlicher gemacht und das Profitstreben beim Namen genannt, aber das ganze Ausmaß der Lehrlingsschinderei, wie es bei zahlreichen Demonstrationen, Arbeiterjugendtribunalen und in Flugblättern angeklagt wurde, widerspiegelte sich kaum auf dieser gewerkschaftlichen Tagung.

Im Gegensatz zu den Ausführungen Arendts enthielt die Rede des Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister — er sprach über die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung —, Ansätze einer Systemkritik und Alternativen im Interesse der Arbeiterklasse. Frister entlarvte die bis heute bestehende Trennung von allgemeiner Bildung und der sogenannten höheren Schule und beruflicher Bildung in Betrieb und Berufsschule als klassenbedingte. Auch heute noch habe die allgemeine Bildung die Funktion als ein „Instrument der Führungsschicht dem eigenen Nachwuchs die Führungspositionen zu sichern“. Diese Führungsschicht könne man auch nach Marx als „herrschende Klasse bezeichnen“.

Die Berufsbildung hingegen werde unausgesprochen als niedrigere Bildung angesehen. Sie sei „vorwiegend auf das Training von Fähigkeiten, die mit körperlicher Leistung oder mechanischen Tätigkeiten verbunden sind“, ausgerichtet. Den Unterschied zwischen beiden Bildungsbereichen definierte Frister: „Allgemeine Bildung ist berufliche Bildung für die Herrschenden, berufliche Bildung ist allgemeine Bildung für die Beherrschten.“

Ohne diese von der Klassenstruktur bedingte Trennung zu beachten, sagte Frister, sei es nicht möglich, Veränderungen einzuleiten. Darum sei die Integration beider Bildungseinrichtungen zunächst kein pädagogisches oder fachdidaktisches Problem, sondern eine politische Aufgabe. Die Integration werde nur dann zur

Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit führen, wenn sie zur Veränderung der Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft beiträgt. Frister ermahnte die Gewerkschaften, entschiedener für die Interessen der Arbeiter und Angestellten Stellung zu nehmen, weil sonst die Gefahr besteht, „mit der Zustimmung von progressiv erscheinenden Veränderungen im Bildungswesen (z. B. der Arbeitslehre für Hauptschüler) mit der Reaktion Hand in Hand zu arbeiten“.

Solange nicht weitergehende Forderungen realisiert werden können und entsprechende Modelle entwickelt sind, wäre es für die Gewerkschaften notwendig, folgende Sofortaufgaben in Angriff zu nehmen:

- alle Möglichkeiten, betriebliche Ausbildung in Schulen zu verlagern, auszuschöpfen;
- bei Fortbestehen von betrieblicher Ausbildung den Zeitanteil von Betrieb und Berufsschule auf 50 zu 50 zu erhöhen;
- die Berufsfachschulen in Fachoberschulen umzubenennen und diesen zu ermöglichen, Ausbildung für die beruflichen Tätigkeiten zu vermitteln, die nach einer halbjährigen betrieblichen Einarbeitungszeit abzuschließen sind;
- die Lehrabschlußprüfung muß ebenso wie das Abitur zum Studium an der Hochschule berechtigen.

Wenn auch die von Maria Weber in ihrem Schlußwort vorgetragene Forderungen in bezug auf die berufliche Bildung eine breitere Palette enthielten, so blieben sie doch hinter den Maßstäben des Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zurück. Ebenfalls unbefriedigend blieb die Orientierung auf eine kämpferische Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen. Daß die Verantwortlichen im DGB-Bundesvorstand nicht daran denken, die Lehrlinge und Jungarbeiter auf Aktionen zu orientieren, ging schon daraus hervor, daß sie zur Bundestagung nicht eingeladen wurden. Ihre Anwesenheit hätte der Tagung einen wesentlich anderen Charakter gegeben.

Wenn man glaubt, durch Gespräche mit den Unternehmern in den Berufsbildungsausschüssen und anderen Gremien allein etwas zu ändern — das war die Ansicht von Maria Weber auf eine entsprechende Frage von NACHRICHTEN —, dann bleiben die bestehenden Ausbildungsmonopole der Unternehmer unangestastet. Notwendig ist, mit einer klaren Zielvorstellung die zum Kampf bereiten Lehrlinge und jungen Arbeiter für wirkungsvolle Aktionen zu mobilisieren. Das sollte ein entscheidendes Fazit dieser DGB-Bundestagung sein.

W. Petschick

SPD-„Arbeitnehmerkonferenz“

Keine Impulse für Kampf um berechtigte Forderungen Nur sehr vorsichtige Kritik an groben Mißständen

Am 10./11. Oktober 1970 veranstaltete der Parteilvorstand der SPD in Schweinfurt seine erste Bundes-Arbeitnehmerkonferenz, an der rund 300 Vertreter von sozialdemokratischen Betriebsgruppen und sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre teilnahmen. Das Verlangen der Arbeiterschaft nach sozialer Sicherheit und Mitbestimmung widerspiegelte sich in Diskussionen und Anträgen auch auf dieser Konferenz. Zugleich empörten sich die Delegierten über die soziale Demagogie der CDU/CSU und die Hetze des Springer-Konzerns gegen jede Maßnahme, die dem sozialen Fortschritt und dem Frieden dient.

Die offiziellen Redner wie Wehner, Arendt und Vetter, trugen der Stimmung der Teilnehmer gegen die Machtergreifungspläne der CDU/CSU sowie den Angriffen dieser Kräfte auf die Ansätze für eine Entspannungspolitik Rechnung. Herbert Wehner fand scharfe Worte gegen die CDU/CSU und hielt ihr unter anderem Kumpaneit mit der neonazistischen NPD vor. Unbeantwortet blieb allerdings die Frage, was jetzt zu tun ist, um diesen konzentrierten Angriff der Kräfte von Barzel, Strauß und Thaden durch entschlossenes Handeln zu-

rückzuweisen. Keiner der führenden SPD-Politiker orientierte darauf, der Hetze und Demagogie des Rechtsblocks entschieden den Kampf anzusagen.

In der Innen- und vor allem der Sozialpolitik bemühten sich die Redner, die Regierungspolitik als erfolgreich darzustellen. So wurden vorhandene Mißstände wie die vom Großkapital manipulierte Preislawine und der Mietwucher verniedlicht sowie nicht realisierte Gegenmaßnahmen, z. B. gegen die Mieterhöhungen, allein der langsam arbeitenden Ministerialbürokratie angelastet.

Auch aus den Reihen der Delegierten kam nur eine gemäßigte Kritik an den Versäumnissen und Fehlern der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Sehr vorsichtig wurden die Lohnsteuervorauszahlungen und die geplante Erhöhung der Stationierungskosten angegriffen. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr kritisierte, daß es vielen Gewerkschaftern „unverständlich“ sei, „wieso dieselbe SPD, die damals mit großem Nachdruck gegen den Lücke-Plan kämpfte, heute Vorschläge für eine Mietpreisbindung ablehnt, weil darin ein Verstoß gegen „marktwirtschaftliche Prinzipien“ läge.

Von dieser ersten Bundestagung erhielten die sozialdemokratischen Gewerkschafter kaum einen Impuls für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen im Kampf gegen das Großkapital. So war bezeichnend, daß die Warnstreiks von mehr als 500 000 Arbeitern und Angestellten der Metallindustrie nicht einmal erwähnt wurden; geschweige daß die Konferenz eine Solidaritätsadresse angenommen hätte.

Obwohl angesichts des Angriffs der vom Großkapital unterstützten CDU/CSU und NPD die Erkenntnis eine Rolle spielte, daß der Feind rechts steht, gab es daraus keine Schlußfolgerungen. Im Gegenteil kehrten einige offizielle Konferenzredner, wie Wehner und Arendt, die Stoßrichtung um und orientierten die sozialdemokratische Betriebsarbeit auf die Auseinandersetzung mit den kommunistischen Arbeitern.

Dieser Antikommunismus schadet auch dann der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, wenn er nicht mehr in der „naiven“ Form betrieben werden soll. Damit wird die notwendige Aktivität gegen das Großkapital gelähmt. Nur wenn Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam handeln — das haben die Warnstreiks in der Metallindustrie bewiesen —, kann die Macht der Monopole eingeschränkt und auch auf politischem Gebiet durch eine rasche Ratifizierung des Moskauer Vertrages mitgeholfen werden, den Frieden zu garantieren und Abrüstungsmaßnahmen zu verwirklichen.

W. P.

PERSONALIEN

Max Müller, Mitglied des Betriebsrats der Klöckner-Hütte Bremen, wurde im Oktober wegen 25jähriger ununterbrochener Betriebsratsstätigkeit auf der Bremer Hütte geehrt. Aus diesem Anlaß hatten sich versammelt: die Mitglieder des Betriebsrats der Klöckner-Hütte Bremen, Mitglieder des IG-Metall-Vorstandes Bremen, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats aller Klöckner-Unternehmen, der Vorsitzende des DGB-Kreisausschusses Bremen, die Arbeitsdirektoren der Klöckner-Hütten Bremen und Haspe sowie des Gesamtkonzerns, Vertreter des Vorstandes der IG Metall/Zweignbüro Düsseldorf sowie kaufmännische und technische Direktoren der Klöckner-Hütten. Zuvor hatten bereits der Bezirksvorstand der DKP und der DKP-Bundesvorsitzende, Kurt Bachmann, dem Jubilar gratuliert. Max Müller ist ein weit über Bremen hinaus bekannter Kommunist.

Heinz Seeger, Mitherausgeber der NACHRICHTEN und Mitglied des Redaktionskollegiums, wurde auf dem 5. ordentlichen Unionstag der DFU wieder in den Vorstand gewählt.

Maria Weber, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, empfing am 20. Oktober 1970 im Hans Böckler-Haus in Düsseldorf zusammen mit den übrigen Mitgliedern des geschäftsführenden Bundesvorstandes 40 Vertreterinnen nationaler Frauenorganisationen ost- und westeuropäischer Länder. In einer mehrstündigen Aussprache erläuterte Maria Weber den Gästen die soziale Lage der berufstätigen Frau in der Bundesrepublik.

Leonard Woodcock, Präsident der US-amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft (UAW), ist in diese Funktion gewählt worden, nachdem der bisherige Präsident, der weltbekannte Walter P. Reuther, kürzlich tödlich verunglückt ist.

Gruppenkonferenzen der IG Chemie-Papier-Keramik

Am 9. und 10. Oktober 1970 veranstaltete die IG Chemie - Papier - Keramik in Koblenz ihre 10. Bundeskonferenz für die kautschuk- und kunststoffverarbeitende Industrie; vom 28. bis 30. Oktober fand in Kronach die 8. Industriegruppenkonferenz „Feinkeramik“ statt. Auf beiden Konferenzen wurden Probleme von über 100 000 Gewerkschaftsmitgliedern dieser Branchen behandelt.

Auf der Konferenz in Kronach verteidigte der IG-Chemie-Vorsitzende, Karl Hauenschild, das Recht der Gewerkschaften, sich um die Politik zu kümmern. Auch das sei Interessenvertretung für die Gewerkschaftsmitglieder. Hauenschild sagte: „Schließlich können falsche Entscheidungen, die die Politiker treffen, für die Arbeitnehmer von größerer Tragweite sein, als etwa ein einmaliger Mißerfolg der Gewerkschaften auf dem Gebiet, das viele für das klassische Gebiet der gewerkschaftlichen Betätigung halten, nämlich in der Tarifpolitik. Tarifpolitische Entscheidungen sind im allgemeinen von Jahr zu Jahr korrigierbar. Gewerkschaften, die das wissen, und die trotzdem auf politische Einflüsse verzichten würden, laufen Gefahr, sich selbst aus der Geschichte hinauszumanövrieren und sich zur Brot- und Butter-Institution zu degradieren.“

Lahme Gesellschaftspolitik

Mitbestimmung und Vermögensbildung auf langer Bank Schlechtes Resultat nach einem Jahr Regierungswechsel

Die Regierung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Brandt soll eine Regierung der inneren Reformen sein; so steht es in dem vor einem Jahr vor dem Bundestag dargelegten Regierungsprogramm. Bisher ist aber die SPD/FDP-Regierung den Beweis schuldig geblieben, diesen Titel mit Recht für sich in Anspruch nehmen zu können. Das betrifft vornehmlich jene gesellschaftspolitischen Reformen, die die Gewerkschaften von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung erwarten konnten; und hier wiederum ist an erster Stelle die Gewerkschaftsforderung auf Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung zu nennen.

Aber der Bundesarbeitsminister, Walter Arendt — vor seiner Ministertätigkeit Vorsitzender einer Gewerkschaft aus dem Montanbereich, in dem die paritätische Mitbestimmung praktiziert wird —, hat vor Journalisten die Erklärung abgegeben, daß in der laufenden Legislaturperiode des Bundestages keine Ausweitung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes zu erwarten sei. Arendt betonte, daß nach der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und FDP ein Gesetzentwurf der Bundesregierung über die wirtschaftliche Mitbestimmung nicht einmal zur Diskussion gestellt werden soll. Die Regierung will lediglich zum sogenannten Biedenkopf-Gutachten Stellung nehmen und sich darauf beschränken, eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) vor den Bundestag zu bringen.

Inzwischen ist der Referentenentwurf des Arbeitsministeriums in der Öffentlichkeit bekannt geworden, ohne daß damit schon gesagt werden kann, daß dieser Entwurf von der Koalitionsregierung akzeptiert wird und als Regierungsentwurf vor den Bundestag kommt. Vielmehr ist zu erwarten, daß nach massiver Intervention der Unternehmerverbände der Entwurf des Arbeitsministeriums von der FDP, aber auch von Vertretern der SPD, abgeblockt wird.

Dabei entspricht der Entwurf für die Reform des BetrVG aus dem Arbeitsministerium in wesentlichen Punkten keineswegs den gewerkschaftlichen Vorstellungen. Er enthält zwar Verbesserungen gegenüber dem jetzt geltenden Betriebsverfassungsrecht, ohne aber an dem grundsätzlichen Charakter des alten BetrVG etwas zu ändern. Nach wie vor werden die Betriebsräte auf die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit dem „Arbeitgeber“ verpflichtet, zum Wohle der „Arbeitnehmer und des Betriebes“. Hier besteht die einzige Änderung darin, daß gegenüber der bisherigen Formulierung das Wohl des Arbeiters vor dem Wohl des Betriebes genannt wird.

Auch die Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte hält sich

in dem Entwurf Walter Arendts nur in bescheidenen Grenzen. Während z. B. der Gesetzentwurf des DGB dem Betriebsrat ein direktes Mitbestimmungsrecht bei ordentlichen Kündigungen einräumt, die nur mit Zustimmung des Betriebsrates zulässig sind, bleibt der Referentenentwurf des Arbeitsministeriums bei der Formulierung: „Der Betriebsrat ist vor jeder Kündigung zu hören.“ Die geringe Verbesserung bezieht sich auf die Feststellung, daß der Betriebsrat, falls er Bedenken gegen eine ordentliche Kündigung hat, diese unter Angabe der Gründe dem Arbeitgeber innerhalb von einer Woche schriftlich mitteilen soll. Besteht der Unternehmer trotzdem auf Kündigung, so kann der Gekündigte den Einspruch des Betriebsrates zum Gegenstand eines Prozesses vor dem Arbeitsgericht auf Grund des Kündigungsschutzgesetzes machen.

Der Entwurf des Arbeitsministeriums verzichtet im Gegensatz zum DGB-Entwurf nicht auf den Wirtschaftsausschuß. Der DGB verlangt in seinem neuen Änderungsentwurf, daß die Rechte des Wirtschaftsausschusses vom Betriebsrat wahrgenommen werden und wichtige Informationen nicht über die Schaltstelle Wirtschaftsausschuß an den Betriebsrat gehen. Bedenklich ist in dem Entwurf des Arbeitsministeriums weiter die Einschränkung der Verpflichtung zur Abhaltung von Betriebsversammlungen und der Vorschlag, dafür Teilversammlungen der einzelnen Betriebsabteilungen durchzuführen.

NACHRICHTEN werden nach Verabschiedung des Referentenentwurfes durch die Bundesregierung den Entwurf noch einmal kritisch unter die Lupe nehmen und dabei feststellen, wie weit der Regierungsentwurf von den Vorschlägen zur Änderung des BetrVG des Deutschen Gewerkschaftsbundes abweicht. Fraglich bleibt es aber, ob das Kabinett überhaupt, so wie es für Oktober vorgesehen war, den Vorschlag des Arbeitsministeriums diskutiert und verabschiedet. Es ist ebenso sehr damit zu rechnen, daß es dem Koalitionspartner FDP ge-

lingt, die Verabschiedung auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

Ein gleiches Schicksal soll noch einem anderen Reformplan aus dem Bundesarbeitsministerium bereitet werden. Bekanntlich hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung den Arbeitern und Angestellten eine fortschrittliche Vermögenspolitik versprochen. Inzwischen haben vier Staatssekretäre einen Plan für — wie es so schön heißt — „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ formuliert. Diesem Plan liegen Gedanken zugrunde, die 1957 der damalige Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaften (WWI), Prof. Bruno Gleitze, entwickelt hatte.

Dem Entwurf der Staatssekretäre zufolge sollen alle Unternehmen mit mehr als 100 000 Mark steuerpflichtigem Jahresgewinn gesetzlich verpflichtet werden, 2 bis 10 Prozent in einen Fonds abzuführen. Das Recht, aus diesem Fonds Zertifikate zu beziehen, haben alle gegen Lohn und Gehalt Beschäftigten unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze. Voraussetzung ist aber, daß die Bezieher von Zertifikaten 10 Prozent als Eigenbeitrag leisten.

Verständlich, daß die Unternehmer gegen diesen Plan Sturm liefen, bevor er überhaupt in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Aber nicht nur die Unternehmer, sondern neben dem FDP-Minister Genscher haben Wirtschaftsminister Schiller und Finanzminister Möller heftig Einspruch eingelegt mit dem Resultat, daß auch dieser Reformplan des Arbeitsministeriums in die tiefen Schubladen der Regierungskoalition verschwinden dürfte.

Die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften tun gut daran, ihre Hoffnungen auf die Reformfreudigkeit der Regierung Brandt/Scheel auf kleine Flamme zurückzuschrauben. Sie werden aus der einjährigen Tätigkeit der Bundesregierung den zwingenden Schluß ziehen müssen, daß gesellschaftliche Reformen wie eine wirksame wirtschaftliche Mitbestimmung und eine sozial gerechtere Vermögenspolitik nicht als ein Geschenk von Bundesregierung oder Parlament entgegengenommen werden können, sondern nur durch gewerkschaftspolitische Aktivität zu erreichen sind. Gemeinsames Handeln und starke Gewerkschaften sind immer noch der sicherste Weg zur Durchsetzung grundlegender Reformen und zur Veränderung unserer Gesellschaft.

Wie sich in einer Umfrage der NACHRICHTEN (vgl. auch Seite 10/11) herausgestellt hat und auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen deutlich wurde, erwarten die Gewerkschaftsmitglieder immer dringlicher die Verwirklichung der Mitbestimmung und einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung durch diese Regierung. Diese Probleme vertragen keinen Aufschub mehr. sr

Es hapert mit Reformen

Bundesregierung läßt nötige Energie vermissen DGB-Forderungen werden ungenügend beachtet

Die SPD/FDP-Regierung hat dieser Tage eine Bilanz ihrer einjährigen Regierungstätigkeit unter dem Titel „Aufbruch in die 70er Jahre“ der Öffentlichkeit vorgelegt. In dieser Broschüre stellt die Bundesregierung fest, sie habe besser und effektiver gearbeitet, als jede Bundesregierung in den vergangenen 20 Jahren.

Zweifelloos hat die Regierung Brandt in der Außenpolitik Erfolge aufzuweisen. Die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und des Gewaltverzichtsvertrages mit der Regierung der Sowjetunion, die Einleitung von Verhandlungen zur Normalisierung der Beziehungen mit Polen, der CSSR und Ungarn sowie die Gespräche in Erfurt und Kassel mit der Regierung der DDR haben neue Akzente in der Ostpolitik gesetzt. Diese Politik entspricht den Vorstellungen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer Erklärung an die Bundesregierung am 22. Oktober 1969 so formuliert hat: „Durch wirksame Beiträge zur internationalen Entspannung und zur Völkerverständigung“ den Frieden zwischen Ost und West sichern. Einschränkung muß man allerdings sagen, daß endgültige Entscheidungen zur Ostpolitik trotz lebhafter diplomatischer Tätigkeit noch auf sich warten lassen.

Der kritische Maßstab, den die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften anlegen müssen, sind gesellschafts- und sozialpolitische Reformen, die die Bundesregierung auf der Aktivseite ihrer Erfolgsbilanz vorzeigt. Und auch hierbei ist das Kriterium die Differenz zwischen den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 22. Oktober 1969 und der Politik der Bundesregierung.

Der DGB sprach damals die Erwartung aus, die Regierung Brandt möge „stärker, als es in der Vergangenheit geschah ist, die Belange der Arbeitnehmer — Arbeiter, Angestellte und Beamte — berücksichtigen, die mit ihren Familien über 80 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik darstellen“. Konkret forderte der DGB von der Bundesregierung die Beseitigung der einseitig und ungerechten Herrschaftsstruktur in der Wirtschaft durch Ausweitung der paritätischen Mitbestimmung, Verstärkung der Mitwirkung und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte, Verankerung der gewerkschaftlichen Betätigungs- und Vertretungsrechte im Betrieb und die Verwirklichung der Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich.

Nach einjähriger Regierungstätigkeit muß nüchtern festgestellt werden, daß von der Bundesregierung keine entscheidenden Maßnahmen zur Zurück-

drängung der Macht der Konzerne und Monopole in der Wirtschaft ergriffen oder auch nur eingeleitet wurden. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes kann diese grundsätzliche gesellschaftspolitische Frage unserer Zeit nicht lösen.

Auch zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte der DGB-Bundesvorstand klare Aussagen gemacht und unter anderem gefordert:

Beseitigung des Ungleichgewichtes der Einkommensentwicklung zu Lasten der Arbeitnehmer;

spürbare Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung der Volkswirtschaft;

Stabilisierung des Preisniveaus, Verbot von vertikalen Preisbindungen und der Marktbeherrschung.

Als steuerpolitische Sofortmaßnahme verlangte der DGB von der Bundesregierung die Wiederanhebung der Kilometerpauschale, Verdreifachung des Arbeitnehmerfreibetrages und weitere Steuerentlastungen für Arbeitnehmer in Verbindung mit der großen Steuerreform.

Auch hier müssen die Gewerkschaften feststellen, daß die Brandt/Scheel-Regierung die Erwartungen der Gewerkschaften enttäuscht hat. Die Wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung ist entgegen den Gewerkschaftsforderungen verlaufen, das Ungleichgewicht in der Einkommens- und Vermögensverteilung größer geworden. Preise und Mieten sind weiter gestiegen, ohne daß wirksame Maßnahmen zur Unterbindung der Preissteigerungen ergriffen wurden.

Weder die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrages von 312 auf 264 DM im Jahr, noch der neue Vermögensplan der vier Staatssekretäre, der eine 2- bis 10prozentige Gewinnabgabe der Großunternehmer vorsieht, aber die Riesengewinne des Großkapitals unangetastet läßt, können an der einseitigen Vermögenskonzentration etwas ändern. Und was die Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger betrifft, so ist sie nicht nur durch die Konjunkturzuschläge größer geworden — das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik steht die

Lohnsteuer an der ersten Stelle im Bundesetat 1971.

In der Sozialpolitik kann die Bundesregierung einige aktive Bilanzposten aufweisen: Der Krankenversicherungsbeitrag der Rentner wurde gestrichen, die Kriegsopferversorgung dynamisiert und, wenn auch unzureichend, verbessert; Kommissionen zur Vorbereitung der Krankenversicherungsreform und zur Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches sowie eines Sozialgesetzbuches wurden einberufen und erstmals ein Sozialbericht mit Sozialbudget und ein Aktionsprogramm zur Rehabilitation der Behinderten veröffentlicht.

Allerdings blieb der DGB in seiner Erklärung vom 22. Oktober 1969 nicht bei der Beseitigung des Rentnerbeitrages zur Krankenversicherung stehen, sondern forderte generell die Aufhebung der Nachteile der mittelfristigen Finanzplanung in der Sozialversicherung. Dazu gehört z. B. die Wiederanhebung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, deren Anteil an den Gesamtausgaben von 31 Prozent im Jahre 1957 auf jetzt 15 Prozent zurückgegangen ist.

Offen geblieben oder nur unzureichend erfüllt sind einige andere wichtige sozialpolitische Forderungen des DGB. So hat die Bundesregierung sich über die „Wahlfreiheit der Altersgrenze“ seit einem Jahr unterhalten, doch keiner weiß, ob und wann diese gewerkschaftliche Forderung verwirklicht werden soll. Ähnlich ist es mit der Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der Krankenversicherung. Hier ist die Bundesregierung nur bis zu einer bestimmten Grenze auf die Gewerkschaftsforderungen eingegangen. Auch die Forderungen des DGB zum Familienlastenausgleich, zur Regelung der Steuervergünstigung für Kinder, nach einer einheitlichen Kindergeldgesetzgebung und einem Sonderurlaub für Mütter nach Ablauf der Schutzfrist, um nur einige zu nennen, harren noch der Erfüllung.

In der Bildungspolitik hat die Bundesregierung einiges getan in bezug auf Planung und Einleitung von Maßnahmen zur Überwindung des Bildungsnotstandes. Aber es bleibt der Eindruck, daß alle vorgesehenen Maßnahmen weniger im Interesse einer auch für die Arbeiterschaft fortschrittlichen Bildungspolitik liegen, sondern vielmehr der Befriedigung von Notwendigkeiten dienen, die der technisch-wissenschaftliche Fortschritt aufgibt und der Stabilisierung des bestehenden Herrschaftssystems gelten sollen. Ueberdies muß sich die Regierung den Vorwurf machen lassen, daß sie, wie alle Bundesregierungen seit Adenauer, den Rüstungsetat nicht abbaut und ihr somit die Mittel für eine fortschrittliche Bildungspolitik fehlen.

Die Gewerkschaften können also den Tätigkeitsbericht der Regierung

Mitte Oktober trat im Moskauer Haus der Gewerkschaften der Generalrat des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) zu seiner 20. Sitzung zusammen. Der Generalrat billigte einstimmig den Beitritt der nationalen Gewerkschaftszentralen Jordaniens und des Jemen als neue Mitglieder des WGB. Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Pierre Gensous, betonte in seiner Rede den ständig wachsenden Einfluß dieser größten gewerkschaftlichen Weltorganisation. Seien auf dem I. Kongreß im Jahre 1945 53 Länder mit 67 Millionen Gewerkschaftern vertreten gewesen, so habe der VII. Kongreß 1969 bereits 153 Millionen Mitglieder von Gewerkschaften aus 97 Ländern repräsentiert.

Als eine charakteristische Erscheinung in der Zeit seit dem VII. Weltgewerkschaftskongreß bezeichnete Gensous die Anbahnung neuer Kontakte zwischen Gewerkschaften kapitalistischer Länder, die dem IBFG oder dem CMT angehören bzw. autonom sind, und den Gewerkschaften sozialistischer Länder, die dem WGB angehören. Das sei besonders in Europa der Fall. Man könne sagen, daß gegenwärtig die bedeutenden europäischen Zentralen jeder internationalen Zugehörigkeit direkte zweiseitige Kontakte mit den Gewerkschaften der sozialistischen Länder hergestellt haben und Delegationen austauschen.



Brand/Scheel nicht ohne erhebliche Einschränkungen als eine Erfolgsbilanz betrachten. Sicher hat niemand erwarten können, daß alle vom DGB im Oktober 1969 formulierten Forderungen an die Bundesregierung schon nach einem Jahr erfüllt sein könnten. Doch von einer Politik der „inneren Reformen“, die Willy Brandt in seiner Regierungserklärung versprochen hatte, kann nicht einmal in Ansätzen die Rede sein. Bislang deutet nichts darauf hin, daß die Bundesregierung Reformen durchsetzen will, die die spätkapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsform in Frage stellen könnten.

Es wird für das nächste Regierungsjahr darauf ankommen, daß die Gewerkschaften nicht nachlassen, die Regierung in Richtung einer fortschrittlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu drängen. Das ist gleichzeitig auch der beste Schutz dieser Regierung vor den heuchlerischen und demagogischen Angriffen der CDU/CSU und eine Stärkung der positiven Kräfte in der Regierungskoalition. A. B.

Eine Untersuchung der offenen und versteckten Kosten Militärausgaben steigen im Etat am stärksten

Der Entwurf des Bundeshaushaltes 1971 wurde Anfang Oktober nach der ersten Lesung dem Haushaltsausschuß des Bundestages zur eingehenden Überarbeitung überwiesen. Von dort soll er Anfang Februar 1971 zur zweiten und dritten Lesung an das Plenum zurückkommen. Der Entwurf sieht Ausgaben in der Höhe von über 100 Milliarden DM vor, das sind 12,1 Prozent mehr als im laufenden Etatjahr. Dabei rechnet die Bundesregierung mit einer Steuereinnahme von 92,738 Milliarden DM, während die Verwaltungseinnahme auf rund 4,5 Milliarden DM veranschlagt werden. Die fehlenden rund 3 Milliarden DM sollen durch Anleihen aufgebracht werden.

In der Debatte des Bundestages zur ersten Lesung spielte neben der Steigerung des Etats um 12,1 Prozent die Geldentwertung eine besondere Rolle. Bemerkenswert war jedoch, daß weder die Regierungsparteien noch die Oppositionsparteien auf die entscheidende Ursache der schleichenden Inflation, die hohen Rüstungsausgaben, eingingen. Es ist nicht der hohe Staatsverbrauch an sich, der die Währung aufweicht — geht man von den dringenden Notwendigkeiten aus, Schulen, Krankenhäuser, Straßen zu bauen, von den fehlenden Mitteln für Schulen und Universitäten, für soziale Investitionen, dann reichen die 100 Milliarden DM im Bundesetat nicht einmal aus —, es kommt auf die Prioritäten an. Investitionen für die Verbesserung der Qualifikationsstruktur und für die Pflege der Gesundheit der Bevölkerung, sind volkswirtschaftlich sinnvoll, denn sie fördern die

Produktivität der Volkswirtschaft. Die Rüstung aber ist nichts anderes als eine sinnlose Vergeudung volkswirtschaftlicher Werte.

Es ist immer wieder notwendig, sich die unwahrscheinlich hohen Rüstungsausgaben in Erinnerung zu rufen, um ein Bild der erdrückenden Belastungen unserer Volkswirtschaft zu gewinnen. Nach dem Finanzbericht 1971 sind in den Jahren 1950 bis 1970 für „Verteidigung und Zivilschutz“ 219,596 Milliarden DM verschwendet worden. Dazu kommen im Jahre 1971 für die gleichen Zwecke weitere 22,537 Milliarden DM. Bei diesen riesigen Summen handelt es sich dazu noch um amtlich frisierte Zahlen. Die tatsächlichen Rüstungsausgaben sind weit höher. Die Ausgaben des Haushaltsentwurfes für 1971 machen dies deutlich:

Einzelplan	Bezeichnung	Ausgaben		+ mehr
		1971	1970	
		in Mill. DM		
14	Bundeswehr	21 926,8	19 224,0	+ 2 702,8
35	Stationierungstruppen	664,4	605,8	+ 38,6
36	Zivile Verteidigung	398,2	329,0	+ 69,2
60	Bundeshilfe für West-Berlin	3 110,0	2 750,5	+ 359,5
60	Devisenausgleich an USA	837,0	444,8	+ 392,2
06	Bundesgrenzschutz	452,5	396,3	+ 56,2
11	Ziviler Ersatzdienst	67,0	64,9	+ 2,1
31	Kernforschung	681,0	653,0	+ 28,0
31	Weltraumforschung	504,1	370,0	+ 134,1
		28 641,0	24 838,3	+ 3 802,7
				oder 15,3 v. H.

Aus dieser Aufstellung wird erkennbar, daß sämtliche neun Etatpositionen direkt bzw. indirekt den Rüstungsausgaben zuzurechnen sind. Damit machen die Ausgaben für „Verteidigung und Zivilschutz“ mit 28,641 Milliarden DM bereits 28,6 Prozent der insgesamt vorgesehenen Bundesausgaben im Etat 1971 aus. Sie erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 15,3 Prozent, also wesentlich stärker als der Gesamtetat, der um 12,1 Prozent ansteigt.

Daß die sogenannte Berlinhilfe ebenso wie der Devisenausgleich für die amerikanischen Truppen in der Bun-

desrepublik zweifellos zum Rüstungsetat gehört, geht aus amtlichen Erläuterungen hervor, in denen z. B. in bezug auf die Bundeshilfe für Westberlin gesagt wird, daß sie „nach Auffassung der Bundesregierung ebenfalls der Sicherung unserer Freiheit dient“. Was den Devisenausgleich für die USA betrifft, erklärte der Bundesfinanzminister, die Bundesregierung lege „im Interesse der Festigung des Bündnisses“ großen Wert auf die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa.

Ausgaben, die der Rüstung dienen, finden sich auch noch in vielen zivi-

len Einzelpositionen. So sind Mittel für die „NATO-Verteidigung und Ausrüstungshilfe“ an dritte Länder sowie Beiträge für den Zivilhaushalt der NATO, ferner für den Ausbau strategischer Straßen, die Flugsicherung usw. im Etat versteckt.

Zu den Rüstungsausgaben, eine der Hauptursachen des laufenden Verfalls unserer Währung, gehören aber auch die Milliarden für die — so nennt es das Bundesfinanzministerium — „Leistung zur Tilgung der Hypothek des verlorenen Krieges und der national-sozialistischen Gewaltherrschaft“. Die unter diesem Titel zusammengefaßten Ausgaben betragen insgesamt auch einmal 13,060 Milliarden DM. Obwohl also die Hypotheken zweier verlorener Kriege den Steuerzahler nicht unerheblich belasten, frißt die Aufrüstung der Bundeswehr für einen möglichen dritten Krieg fast ein Drittel der gesamten Staatsausgaben. Aber das ist der CDU/CSU noch nicht einmal genug. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, CSU-MdB Dr. Zimmermann, wegen seiner Meineidsaffären auch unter dem Namen „Old Schwurehand“ bekannt, verlangt neben einer weiteren Erhöhung des Rüstungshaushaltes seine absolute Priorität im Bundesetat.

Der 2. Weltkrieg hat bekanntlich die Reichsmark völlig ruiniert. Die Kosten dieses verbrecherischen Krieges haben die werktätigen Menschen bezahlen müssen. Die Währungsreform 1948 führte zum Verlust ihrer Reichsmark-Ersparnisse. Mit 40 Mark pro Person begann für sie 1948 die DM-Zeit, während der Sachbesitz des Großbürgertums kaum angetastet wurde. Aber schon seit 1950 wurde durch eine politisch gefährliche und wirtschaftlich zerstörerische Rüstungspolitik der CDU/CSU-Regierungen der Wert der D-Mark ausgehöhlt. Ihre Kaufkraft ist inzwischen fast auf die Hälfte abgesunken. Will die Bundesregierung die Währung ernsthaft stabilisieren, muß sie sich an das halten, was der DGB-Bundesvorstand nach Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages mit der Sowjetunion gefordert hat: radikaler Abbau der Rüstungslasten. SR

Westdeutsche Bergarbeiter mit höchster Leistung

In der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist nach jüngsten statistischen Daten die Leistung im Steinkohlenbergbau je Mann und Schicht unter Tage um durchschnittlich 5,3 Prozent im ersten Halbjahr 1970 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen. Die Bergarbeiter in der Bundesrepublik stehen mit einer Schichtleistung von 3795 kg klar an der Spitze.

„Die befreite Gesellschaft“

J. J. Servan-Schreiber: Die befreite Gesellschaft — eine Charta für Europa, Verlag Hoffmann & Campe, Hamburg.

Der Autor, bekannt geworden durch das bemerkenswerte Buch „Die amerikanische Herausforderung“, stellt sich hier mit dem Versuch vor, durch „Die befreite Gesellschaft“ der eigenen radikal-sozialistischen Partei ein Pro-

gramm zu geben, das auch für die gesellschaftliche Struktur Europas von Bedeutung sein soll.

ebenso wie die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen.

Eine Hauptforderung J. J. S. Schreibers ist, „den Menschen von der Wirtschaft zu befreien“, wobei die Befreiung von der Wirtschaft die zweite Etappe einer Befreiung sei, nachdem der Mensch sich schon von der Natur befreit habe. Hier liegt eine Mystifizierung der Wirtschaft zu einer anonymen Macht vor, die davon ablenkt, daß die „Wirtschaft“ die Produktionsverhältnisse sind, in denen die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern uneingeschränkt unter dem Ausbeutungsdruck des Kapitals stehen.

Das aktuelle Buch

gramm zu geben, das auch für die gesellschaftliche Struktur Europas von Bedeutung sein soll.

Wer in diesem Buch nach einer Analyse der jetzigen gesellschaftlichen Strukturen sucht, wird enttäuscht. Als radikal-sozialistischer Faden wird im Programm postuliert, „Bestrebungen zur Revolution durch Gründe für eine Reform zu ersetzen“. Schreiber beruft sich uneingeschränkt auf Galbraith, daß die Technokraten die Wirtschaft beherrschen und die Kapitaleigentümer nur die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, wofür sie natürlich bezahlt werden müssen,

Eine Hauptthese des Autors ist, „die Wirtschaft von der politischen Macht zu trennen“. Dafür sieht Schreiber sein großes Vorbild in der Politik der rechten Sozialdemokratie in der Bundesrepublik und des Sozialdemokratismus, der in Schweden praktiziert wird. Nun ist aber Schiller Prototyp eines Politikers, der „Wirtschaft“ und „Staat“ immer mehr miteinander verflechten, den staatsmonopolistischen Kapitalismus perfektionieren hilft.

So bleibt „Die befreite Gesellschaft“ im Oberflächlichen stecken, ist sie das, was sie sein soll: Wahlpropaganda, ideologisches Werkzeug gegen die sozialistischen Kräfte in Frankreich und Europa. Im Buch wird der ideologische Bankrott einer Ehe von Sozialdemokratismus und Liberalismus demonstriert. Wen das interessiert, wird es gebrauchen können.

J. Ledwohn

IMB: Solidarität mit Streikenden und Unterdrückten

In Genf tagte vom 15. bis 17. Oktober 1970 das Zentralkomitee des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) unter dem Vorsitz seines Präsidenten Otto Brenner. Breiten Raum nahm u. a. die Behandlung der gewerkschaftlichen Lage in der Automobilindustrie der USA und der Metallindustrie der Bundesrepublik ein. In einer Entschließung gab das Zentralkomitee seiner Verbundenheit mit den streikenden Arbeitern von General Motors Ausdruck und erklärte, daß die dem IMB angeschlossenen Gewerkschaften alle praktisch möglichen Mittel der internationalen Gewerkschaftssolidarität einsetzen würden, um diesen Kampf zu unterstützen. Insbesondere würden sie zu verhindern suchen, daß der General-Motors-Konzern seine Produktionsstätten in anderen Ländern benutzt, um den Streik in den USA auszuhöhlen. Der

Streik der 450 000 Automobilarbeiter dauert bereits seit dem 15. September 1970.

Das IMB-Zentralkomitee gedachte der Opfer der Unterdrückungsmaßnahmen in der Türkei und nahm den Bericht eines Vertreters der türkischen Metallgewerkschaft über die Maßnahmen des Regimes in Ankara gegen die Rechte der Gewerkschaften entgegen. Ferner versicherte das Zentralkomitee die brasilianischen Metallgewerkschaften aller nötigen Unterstützung im Kampf gegen das dortige Militärregime, das das IMB-Büro in Brasilien schließen ließ. Nachdrücklich protestierte das Komitee gegen die neuen Gewaltmaßnahmen des Franco-Regimes gegenüber der arbeitenden Bevölkerung Spaniens, vor allem gegen die kürzliche Erschießung von Bauarbeitern, die beantragten Todesurteile gegen baskische Arbeiter und die andauernden Folterungen politischer Häftlinge.

- 28. bis 29. November 1970
Internationale theoretische Konferenz des Parteivorstandes der DKP in Wuppertal zum Thema „Engels und die Arbeiterbewegung heute“.
- 28. bis 29. November 1970
Bundeskonzferenz der Jungsozialisten zu Fragen der Berufsbildung in Düsseldorf.
- 31. Januar 1971
Tarifverträge für die Beschäftigten im graphischen Gewerbe kündbar.
- 28. Februar 1971
Tarifverträge kündbar für die Beschäftigten des Einzelhandels, des privaten Bankgewerbes und des Groß- und Außenhandels ohne die Tarifbezirke NRW und Rheinland-Rheinessen.
- März 1971
32. Deutsche Arbeiterkonferenz in Leipzig.
- 6. März 1971
Letzter Termin für die Abgabe von Anträgen zur Satzungsänderung an den außerordentlichen DGB-Bundeskongress in Düsseldorf.
- 31. März 1971
Tarifverträge für die Beschäftigten in der chemischen Industrie und dem Versicherungsgewerbe kündbar.
- 30. April 1971
Tarifverträge für die Beschäftigten des Bauhauptgewerbes und der Bekleidungsindustrie kündbar.
- 14. bis 15. Mai 1971
Außerordentlicher Bundeskongress des DGB zu Fragen der Satzungsreform in Düsseldorf.
- 31. Mai 1971
Tarife für die Beschäftigten im Steinkohlenbergbau kündbar.

Zu guter Letzt

DGB-Vorsitzender Heinz O. Vetter auf der „Arbeitnehmerkonferenz“ der SPD am 9. Oktober 1970 in Schweinfurt: „Diese Republik, in der wir leben, ist trotz vieler Unvollkommenheiten unsere Republik. Die Arbeitnehmer waren die ersten, die sie in der Zeit schlimmster Not aus den Trümmern der zusammengebrochenen Diktatur aufbauten.“

Wieso „unsere“ Republik? Die Produktionsmittel, die Wohnhauskomplexe und Grundstücke gehören einer winzig kleinen Schicht. Schon 1960 besaßen 1,7 Prozent der Bevölkerung 70 Prozent des produktiv genutzten Vermögens.

7. Bundestagung des Reichsbundes fordert Zusammenarbeit

„Der Bundesvorstand wird aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten für die verstärkte Zusammenarbeit mit der DAG, dem DGB und allen anderen gewerkschaftlichen Verbänden, besonders für die Mitbestimmung und die Entwicklung des Sozialversicherungswesens und seiner Selbstverwaltung.“ Dieser Antrag wurde von den Delegierten der 7. Bundestagung des Reichsbundes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen beschlossen und als Material dem neugewählten Bundesvorstand des Reichsbundes für seine Arbeit überwiesen. Doch nicht nur dieser Antrag, auch die Vorstellungen und Forderungen zur Sozialpolitik und sozialpolitischen Situation in der Bundesrepublik zeigten eine weitgehende Übereinstimmung mit den Ansichten der Gewerkschaften.

Der neugewählte 1. Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Rudolf Kleine, übte harte Kritik an der ungerechten Einkommens- und Vermögensverteilung und am unsozialen Steuersystem in der Bundesrepublik, das die Reichen begünstigt und die Armen benachteiligt. Im Namen der 700 000 Reichsbund-Mitglieder forderten die Delegierten Regierung und Parlament auf, endlich entscheidende Maßnahmen zu treffen, um dem Steigen der Preise und Mieten Einhalt zu gebieten.

In dem beschlossenen neuen sozialpolitischen Programm des Reichsbundes wird für die Rentenversicherung neben der Einführung einer flexiblen Altersgrenze das Recht für Schwerbeschädigte und weibliche Arbeitnehmer, ab dem 60. Lebensjahr Altersruhegeld zu beziehen, gefordert. Daneben sollen die Sozialrenten durch entsprechende Verbesserung der Rentenberechnung um 20 Prozent aufgebessert werden. Gleich den Gewerkschaftsforderungen verlangt das Reichsbund-Programm die Erhöhung der Unfallrenten für den 100-Prozent-Unfallbeschädigten von 66 $\frac{2}{3}$ auf 75 Prozent.

Zwischen dem Reichsbund und dem Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner (VdK) sollen in Kürze Vereinbarungsverhandlungen aufgenommen werden. Sollten diese Verhandlungen zum Erfolg führen, würde eine Organisation mit 2 Millionen Mitgliedern geschaffen, die neben den Gewerkschaften die stärkste organisierte Kraft für den sozialen Fortschritt und eine friedliche Entwicklung sein würde. Doch unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen zwischen VdK und Reichsbund liegt eine engere Zusam-

menarbeit mit diesen beiden Organisationen durchaus im Interesse der Gewerkschaften. A. Böpple

Gelungene Dokumentensammlung

Der von der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH herausgegebene Band „Dokumente der Gewerkschaften“ hat besonders bei Gewerkschaftlern und anderen einschlägig Interessierten eine gute Aufnahme gefunden. So schrieb uns — eine Stimme von mehreren — Klaus Linsel von der Landesleitung Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten zu dem Buch:

„Diese Edition ist gut gelungen, und es ist wichtig genug, in knapper, aber handlicher Form stets das zur Hand zu haben, was ansonsten immer erst in vielen Schritten herausgebuddelt werden muß. Schnell das Wichtigste an gewerkschaftlicher Programmatik nachlesen zu können, ist das unbestreitbare Verdienst dieser Broschüre. Leider hat sich aber eine Fehlinformation eingeschlichen, was zwar nicht den Wert mindert, von Nörglern aber ins Feld geführt werden könnte. Denn es stimmt einfach nicht, daß das DGB-Programm für die Arbeitnehmerinnen noch nicht veröffentlicht wurde. Zur Information deshalb ein Exemplar abei.“

„Dokumente der Gewerkschaften“, 132 Seiten, Taschenbuchformat, glanzkartoniert, 4,50 DM; NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307.

nachrichten

Die NACHRICHTEN — Informationen und Kommentare zur Wirtschafts- und Sozialpolitik — erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH.

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Dr. Werner Petschick, 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307;

Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpreis 0,75 DM; vierteljährlich 2,25 DM, jährlich 9,— DM plus Zustellgebühr (1,80 DM).

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster